

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verantwortlicher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 2. Oktober 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verantwortlicher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Aussperrung in der Berliner Metallindustrie.

Endlich beginnt sich das Gewitter zu entladen, das schon längst drohend über den Berliner Metallarbeitern schwebte. Seit Jahren schon drohte der „Rühnemänner“-Verband mit einer allgemeinen Aussperrung, und seit Jahren sahen die Metallarbeiter diesem Ereignis als etwas Unermeidlichem entgegen, das früher oder später unbedingte kommen mußte. Schwer lastete der Druck einer Unternehmerorganisation auf den Arbeitern, einer Scharfmacherorganisation, die an Macht, Einfluß und brutaler Rücksichtslosigkeit wohl kaum ihres gleichen finden dürfte.

Der Verband Berliner Metallindustrieller unter der Leitung des Kommerzienrats Feix Kühnemann hat — und das muß ihm der Reiz lassen — es verstanden, acht Stummischen Geist unter seinen Mitgliedern zu pflegen und in acht Stummischen Geist über die seiner Notmähigkeit ausgelieferten Arbeiter zu „regieren“. Er ist das Ideal aller Scharfmacher. Deshalb sind auch die übrigen Unternehmer-Verbände größtenteils seinem Muster nachgebildet worden. Nicht umsonst sprechen die Berliner Arbeiter von „eisernen“, „blechernen“, „hölzernen“ und „lehmigen“ Rühnemännern. Schon die Unterschiede dieser Wortspiele zeigen, daß die ersteren die stärksten und mächtigsten bislang gewesen sind. Sämtlichen andern Unternehmergruppen sind schon von der organisierten Arbeiterschaft bei Lohnkämpfen empfindliche Niederlagen beigebracht worden, nur der Verband Berliner Metallindustrieller als Ganzes betrachtet kann sich rühmen, bis in die jüngste Zeit hinein alle Bestrebungen der Arbeiter nach Verbesserung ihrer Lebenslage mit eiserner Faust niedergehalten zu haben, wenn auch einzelnen seiner Mitglieder hin und wieder Zugeständnisse abgerungen werden konnten. Die Rühnemänner sind sich ihrer Macht auch sehr wohl bewußt, einer Macht, die Entscheidungen ist aus dem Gefühl ihrer Interessengemeinschaft den Arbeitern gegenüber, hinter der sie selbst die Gefühle des Konkurrenzneides zurückziehen lassen. Mögen diese Eisenmagneten sich unter einander auch nicht das Weiße im Auge gönnen — der Arbeiterschaft gegenüber sind sie stets einig gewesen. Ja sie haben sich gegenseitig die größten finanziellen Verpflichtungen auferlegt, um diese Einigkeit, falls sie einmal in die Brüche zu gehen droht, künstlich wieder herzustellen. So heißt es in ihren Satzungen u. a.: „Um die Erfüllung der in dem Statut ausgesprochenen Verpflichtungen (die sich lediglich um die wirtschaftliche Anrechnung der Arbeiter dreht. Die Red.) von allen Verbandsmitgliedern zu sichern, hat jedes Mitglied einen acht Tage nach Sicht zahlbaren Wechsel zu hinterlegen.“ Diese Wechsel sind bei der Reichsbank hinterlegt. Die Höhe derselben ist wie folgt festgesetzt:

bis 50 Arbeiter	1 000 M.
100	2 000
250	4 000
500	6 000
1 000	8 000
2 000	10 000
über 2 000	12 000

Die Mitglieder können auch in Strafe genommen werden, wenn sie ihren satzungsmäßigen Verpflichtungen oder den durch die Generalversammlung in rechtsverbindlicher Weise gefassten Beschlüssen nicht nachkommen. In solchen Fällen können durch die „Vertrauenskommission“, deren Vorsitzender der Kommerzienrat Kühnemann ist, Geldstrafen von 100 bis 3000 M. verhängt werden. Wegen dieser Strafzettel ist Verurteilung an die Generalversammlung zulässig, doch kann bei Verurteilung durch dieselbe zugleich auf eine Freiheitsstrafe im Betrage bis zu 250 M. erkannt werden. Man sieht, die Herren lassen sich ihre Einigkeit etwas kosten.

Doch der Verband Berliner Metallindustrieller erstrebt nicht allein die Niederhaltung der durch „wüste Agitatoren“ „verhehten“ Arbeiterschaft durch „sachgemäße“ Regulierung der Löhne“ usw., sondern er hat nach eigenem Eingeständnis auch noch „ethische Ziele, die segensbringend jedem Mitglied zu gute kommen“. So z. B. giebt er „Agitatorenverzeichnisse“ heraus und läßt „schwarze Listen“ circulieren, in denen alle Personen namhaft gemacht werden, die in den Betrieben irgendwie für die Interessen ihrer Mitarbeiter eingetreten sind, sich an Streiks beteiligt oder sonstwie bei den Arbeitgebern oder deren Aussperrern resp. Meistern „miffliebig“ gemacht haben. Wie viele Arbeiter sind von dem Verbands schon durch derartige Verzeichnisse und andre regelrechte Urteilsbriefe außer Beschäftigung gebracht worden! — Ihre Zahl ist Legion.

Daß ein Scharfmacherverband mit derartig „hohen“ Zielen, Satzungen und Praktiken sich auch des besonderen Wohlwollens und der lebhaftesten Anerkennung der Behörden erfreut, ist bei dem heutigen Stande unserer Socialpolitik weiter nicht verwunderlich. Schon in den ersten Jahren seiner Gründung wurde dem Verbands und seinem Vorsitzenden, dem Kommerzienrat Kühnemann, von dem damaligen Kriegsminister v. Verdö ein anerkanntes Schriftstück überhändigt, worin es betreffs der Maßregeln folgendermaßen heißt:

Ihrem Wunsch, die gegenseitige Mitteilungsverbindlichkeit zwischen den königlichen Instituten und den Privatfabriken auf alle königlichen Institute auszuweiten, ist bereits durch Erlass entsprochen. Die Direktoren sämtlicher militärischen Fabriken sind angewiesen worden, denjenigen Privatfabriken, welche für sie mit der Herstellung von Fabrikaten z. B. beauftragt sind, nach vorhergegangener Vereinbarung eine Liste derjenigen Arbeiter aller Institute zu übersenden, welche aus Anlaß der Feier des 1. Mai entlassen worden sind, und umgekehrt die ihnen seitens der Privatfabriken zugehenden, teilsartigen Verzeichnisse sämtlichen Instituten

zur Kenntnis mitzuteilen, damit die entlassenen Arbeiter in keiner der militärischen Fabriken wieder eingestellt werden.

Es folgt dann noch die Versicherung, daß in der Bekämpfung „socialdemokratischer Elemente“ die Militär- und Privatbetriebe Hand in Hand gehen müssen, und daß der Kriegsminister fernere Mitteilungen von „Beschlüssen und Maßnahmen“ des Verbandes gern entgegenzunehmen bereit sei. Ähnliche Liebenswürdigkeiten wurden damals auch mit dem Eisenbahn-Ministerium zwecks systematischer Verfeinerung der Klassenbewußten Arbeiter ausgetauscht. Ja, eine preussische Behörde konnte es sogar mit ihrer Würde vereinbaren, ein Geldgeschenk von den Rühnemännern dankend anzunehmen als Anerkennung für die dem Verbands (bei der damaligen Parade gegen die Arbeiter) geleisteten „wesentlichen Dienste“. Ein Circular des Herrn Kühnemann darüber vom 24. Juli 1890 sagt:

„Durch einstimmigen Beschluß unserer Generalversammlung veranlaßt, hat die Vertrauenskommission dem königlichen Polizeipräsidium hier selbst 3000 Mark überwiesen mit der Bitte, diese Summe denjenigen Beamten zuzuführen, die aus Anlaß des 1. Mai über Gebühr angestrengt werden mußten und deren thätigste Unterstützung wir wesentliche Dienste verdanken.“

Das Polizeipräsidium quittierte dankend und verwandte die Summe bestimmungsgemäß.

Eine der am drückendsten empfundenen Einrichtungen des Verbandes ist der herabgesetzte Arbeitsnachweis in der Gartenstraße. Er ist das sogenannte „schwarze Kabinett“ der Rühnemänner. Sämtliche bei den Verbandsfirmen beschäftigten Arbeiter werden durch diesen Nachweis vermittelt, nur in dringenden Ausnahmefällen, etwa bei Streiks, dürfen durch anderweitige Vermittlung Arbeiter eingestellt werden. Jeder Arbeiter untersteht somit der Verbandskontrolle, und wehe ihm, wenn er sich das leicht erregbare Mißfallen seiner gestrengen „Brotherren“ zugezogen hat — wochen-, monate-, ja jahrelang wird er von der Arbeitsvermittlung ausgeschlossen, er muß am Hungertuche nagen, so lange es den Herren paßt, falls er nicht anderweitig Beschäftigung findet. Arbeiter aber, die sich hervorragend bei einem Streik beteiligt haben, finden fast nie Gnade vor den „Herren aus der Gartenstraße“, sie gelten ihnen als Verfehmte, als Heher, von denen sie die Untergrabung ihrer Autorität in der Fabrik fürchten. Sie wollen nur „zufriedene“ Arbeiter haben, und wenn diese nicht zufrieden sind, so werden sie eben durch die Zuchtmittel des Verbandes zufrieden gemacht. So wenigstens glauben es die Herren.

Doch auf die Dauer halten derartige Mittel nicht stand. Mit zunehmendem Klassenbewußtsein mußten die Arbeiter das Unwürdige dieser Bevormundung, dieses Druckes als unerträglich empfinden. Immer stärker wurde der Drang, sich dieser wirtschaftlichen Zwangsherrschaft zu entziehen, immer größer der Unmut über die Annahme der Eisenbarone. Die Arbeiter schlossen sich in Masse dem Deutschen Metallarbeiter-Verbands an, nachdem eine intensive Agitation sie für die Gewerkschaftsbewegung reif gemacht hatte. Mächtig schwoll die Zahl der organisierten Arbeiter an, so daß die Berliner Metallarbeiter heute in einer Stärke von 38 000 gut geschulter und disciplinierter Verbandsmitglieder eine Macht repräsentieren, mit denen auch die Rühnemänner rechnen müssen. Ueberdrüssig des Jochs, das sie jahrelang getragen, durchdrungen von der Notwendigkeit, sich endlich die ihnen vorenthaltenen besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen, traten die Drücker und Gütler geschlossen in den Streik, nachdem ihre bescheidenen Forderungen von den Metallindustriellen brüskel abgelehnt waren. Jetzt glaubten die Rühnemänner den Zeitpunkt gekommen, den längst geplanten großen Schlag gegen den mächtig aufstrebenden Metallarbeiter-Verband führen zu können. Sie stellten das Ultimatum: Entweder bedingungslos Aufnahme der Arbeit oder allgemeine Aussperrung. Doch die Herren hatten sich verrechnet. Wäher glaubten sie immer, die Metallarbeiter würden sofort zu Kreuze kriechen, wenn sie ihnen nur das eine Wort „Aussperrung“ entgegenstülenderten. Als die Arbeiter das ihnen gestellte Ultimatum aber ruhig und gelassen in den Papierkorb senkten, da mag den „Herren aus der Gartenstraße“ doch wohl etwas anders zu Mute geworden sein. Eine Konferenz jagte die andre, es gab unliebsame Auseinandersetzungen unter ihnen. Einer wollte aussperrn, der andre nicht. Alle waren aufs höchste empört, daß sich die Gütler und Drücker einen so liberaleus günstigen Zeitpunkt für den Streik ausgesucht haben, und jeder von ihnen berechnet schon im Stillen den enormen Ausfall an Gewinn. Doch ihre „Satzungen“, ihre „Prinzipien“, die durften nicht leiden. Und so begannen sie denn am Mittwoch mit der Aussperrung. Von den ca. 14 000 bei ihnen beschäftigten Arbeitern haben sie bisher allerdings nur etwa 2800 auf die Strafe gesetzt, ob die andern folgen werden, ist noch ungewiß. So viel aber ist sicher: Mit dem Gelde, das den Rühnemännern diese Aussperrung kosten wird, hätten sie die Forderungen der streikenden Gütler und Drücker schon auf mehrere Jahre hinaus vollaus befriedigen können. Jedoch, sie wollen den Kampf, Kampf bis aufs Messer gegen den verhassten Metallarbeiter-Verband. Die Metallarbeiter aber wissen, was sie sich und der gesamten Arbeiterschaft schuldig sind. Ruhig, aber entschlossen werden sie diesen ihnen von der übermächtigen Unternehmergesellschaft aufgezwungenen Kampf führen, wie es ihre Ehre erfordert.

Die mit so großen Worten angekündigte Massenaussperrung hat übrigens bis zur Stunde nicht den Umfang angenommen, wie er dem Beschluß der Unternehmerorganisation entsprochen hätte. Immerhin

ist die Situation eine sehr ernste. In der Versammlung der streikenden Gütler, die gestern vormittag tagte, gab Cohen die Zahl der Aussperrten auf etwa 2800 an. Im Laufe des Tages wurden dem Bureau des Verbandes etwa 3000 Aussperrungen bekannt. Ein bürgerlicher Berichterstatter, der Fühlung mit den Unternehmern hat, teilt mit, daß nach den bisher aus einem Drittel der Betriebe vorliegenden Nachrichten am Mittwochabend 4500 Arbeiter entlassen worden seien.

Wäre der Aussperrungsbeschluß wirklich durchgeführt, so müßten schon am Mittwoch früh an 14 000 Aussperrte verbannt gewesen sein. Unter den bis jetzt ausgesperrten Metallarbeitern sind sehr viele, die nicht weiter beschäftigt werden konnten, weil infolge des Streiks der Gütler und Drücker keine Arbeit mehr für sie vorhanden war.

Es ist bezeichnend, daß unter den Firmen, die nicht ausgesperrt haben, auch die große Firma Joseph Binsch ist, einer der argsten Scharfmacher unter den Fabrikanten. Wie verlautet, haben einige Firmen es vorgezogen, statt auszusperrn, die Konventionalstrafe zu zahlen; andre, die nicht aussperrn, werden wohl auch die Konventionalstrafe nicht zahlen. Entgegen den Behauptungen der Rühnemänner ist festzustellen, daß unter den Firmen, die den Tarifvertrag anerkannt haben, mehrere Mitglieder des Fabrikantenverbandes sind. Selbstverständlich lehnt die Streikleitung es ab, diese Firmen zu nennen, um ihnen keine Unannehmlichkeiten zu bereiten. Zu den Firmen, die den Vertrag anerkennen, sind wiederum mehrere hinzugekommen.

Viele Verhandlungen mit Unternehmern haben ergeben, daß tatsächlich die kleinen Arbeitgeber, soweit sie dem Fabrikantenverband angehören, nicht mehr Herr im eignen Hause sind, daß sie tanzen müssen nach der Peise der Scharfmacher. Viele möchten gerne bewilligen „auf Ehrenwort“, aber die Unterschrift zu geben, das gestatten die großen Herren nicht, die über sie regieren.

In der Versammlung wurde noch mitgeteilt, daß die Hinzuliefernden Fabrikanten jetzt für sich einen Ring gebildet und sich gegenseitig verpflichtet haben, nicht zu bewilligen. Trotzdem haben schon vier Hinzulieferer-Fabriken den Tarifvertrag anerkannt. Im übrigen zeugte die Stimmung der Versammlung wiederum dafür, daß die Streikenden gar nicht daran denken, den Kampf aufzugeben und fest entschlossen sind, auszuhalten, bis sie ihr Ziel erreicht haben. Der Referent forderte die Streikenden auf, sich in keiner Weise das Recht des Streikpostens beschränken zu lassen. Die in letzter Zeit ergangenen Urteile beweisen zu Genüge, daß die Polizei-Organen, die sie an der Ausübung dieses Rechts zu hindern suchen, ihre Befugnisse überschreiten. — Die nächste Streikversammlung der Gütler findet Dienstag statt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 1. Oktober.

Das oberschlesische Lössau.

Beuthen, 30. September. (Fig. Ver.)

Das entsehlliche Urteil ist gefällt. 6 Jahre Zuchthaus, 25 Jahre 3 Monate Gefängnis, 28 Jahre Ehrverlust sind nun zu den 43 Jahren 7 Monaten zuzurechnen, welche die Strafammer am 19. September verhängt hat.

Der letzte Verhandlungstag wirkte ganz deprimierend. Wiederholt und nachdrücklich forderte der Staatsanwalt eine „exemplarische Strafe“ für die Angeklagten und verlangte sogar die Verneinung der mildernenden Umstände. Nachdrücklich wies er auf die schwere Verurteilung der Angeklagten vor der Strafammer, um seinen Antrag zu begründen. Eine „exemplarische“ Verurteilung thue not.

Die Verteidiger ergreifen das Wort. Alles horcht auf. Man wech nur zu genau, daß es an strafmilderndem Material wirklich nicht fehlt. Man glaubt, die Verteidigung werde die Aufregung schildern, in welche das wenig gebildete Arbeitervolk in Oberschlesien durch die Maßregeln der Behörden, durch den Mißbrauch der Kirche zu den politischen Zwecken der Centrumspartei geraten ist, man hofft, daß der wirtschaftliche und kulturelle Tiefstand unserer Arbeiterbevölkerung klar gezeichnet wird. Man rechnet damit, daß die Verteidigung den Umstand ausnutzen wird, daß man durch den unsinnigen Feuerlärm Tausende an den Thotort herangezogen und die Anwesenden zum Siedepunkt der Aufregung gebracht hat. Man erwartet den Hinweis über die fast faszinierende Wirkung, welche die tausendköpfige aufgeregte Menge auf den Einzelnen ausübt — eine Wirkung, welche jedem Kenner des Volkswesens klar macht, daß in solchen Augenblicken Thaten, wie die in Betracht kommenden (Sprigenbeschädigung, Angriff auf die Beamten, um den Gefangenen zu befreien, Scheideneinwerfen), weder überlegt noch bedacht werden. Man hält es geradezu für selbstverständlich, daß die Verteidigung die Verurteilung der heftigen Kriegervereiner wegen eines ganz ähnlichen Verfalls zu Geldstrafen zum Vergleich heranziehen und sachgemäß ausnutzen wird.

Und was hören wir? Der Herr Verteidiger konstruiert Thatsachen, für welche die Beweisaufnahme nicht den mindesten Anhaltspunkt gegeben hat. Er spricht von „geistigen Erhebungen“ des Kratovalk, stellt die Angeklagten als Verführte und Verhehte hin und — sucht darin einen Milderungsgrund.

Wir müssen offen erklären: einen schlechteren Dienst konnte dieser Rechtsanwält seinen Klienten nicht erwiesen! Er hat Dinge behauptet, die durch nichts erwiesen sind, nicht erwiesen werden können — so daß selbst der Staatsanwalt ganz davon abließ, in diesem Tone zu sprechen. Würden die Geschwornen und das Gericht dem Verteidiger geglaubt haben — so hätte das notwendigerweise straffähigend gewirkt!

Der zweite Offizial-Verteidiger, Rechtsanwält Dr. Schmidt, schlug in dieselbe Kerbe:

„Schon vor dem Wahltage wurde die Menge in der gefähligsten Weise gegen alle Organe des Staates aufgereizt. In welcher Weise die Angeklagten aufgehet waren, ergibt sich schon aus der Antwort, welche der Amtsvorsieder erhielt, als er die Leute vor dem Zuchthause warnte. „Wir sind ja schon im Zuchthause“, wurde ihm zurufen.“

Und ein zweiter rief:
„Wir müssen mit unsren Familien Kartoffelschalen essen.“
Und daraus folgert der Herr Rechtsanwalt:
„Die Verantwortung trifft nicht die Angeklagten, sondern diejenigen, welche sie verführt haben.“
Wahrlich, der Augenblick hat mit einer geradezu entsetzlichen Klarheit die oberflächlichen Verhältnisse beleuchtet!
„Wir sind ja schon im Zuchtthauel!“ — So denkt die ganze oberflächliche Arbeiterbevölkerung. So ist es auch wahrlich. Und man braucht wahrhaftig nicht aufgeheult zu werden, um so zu denken, wie es in der Wirklichkeit ist.

Doch schließlich — was verlangen wir? Woher soll denn solch ein Rechtsanwalt wissen, wie das arme ausgebeutete, geknebelte, unterdrückte Volk denkt, woher soll er denn wissen, wie einem zu Mut ist, der mit seiner Familie Kartoffelschalen essen muß? Was wissen davon die bürgerlichen Geschwornen, was die gelehrten Richter? Sie fühlen es nicht, sie kennen es nicht! In den Berichten der Aktiengesellschaften sieht nichts davon! In den toten Paragraphen auch nicht. . . .

Bei dieser Sachlage, bei dieser Stellung von zwei Verteidigern, erhob sich der junge polnische Rechtsanwalt Dr. Sayda und erklärte:
„Auf das politische Gebiet will ich ebensovienig eingehen, wie es der Herr Staatsanwalt gethan hat. Trotz der Bemerkungen meiner beiden Mitverteidiger will ich mich nicht darüber äußern, wer die geistigen Urheber des Krawalls waren. Es giebt aber Leute, welche der Meinung sind, daß die moralischen Urheber diejenigen sind, welche die Verhältnisse, welche den Nährboden geschaffen haben, auf dem eine solche Erregung der Volksmenge nur möglich war.“

Nachdem die Geschwornen sämtlichen Angeklagten — außer Gohn und außer Weiß, der nur wegen einfachen Landfriedensbruchs verurteilt wurde — mildernde Umstände zugesprochen haben, stellt der Staatsanwalt seine furchtbaren Strafentwürfe. Er wollte eine „exemplarische“ Bestrafung haben — bei fünf der Angeklagten die Höchststrafe von fünf Jahren Gefängnis. Totenstille trat ein. . . . Da sieht Dr. Sayda auf und stößt mit scharfer Stimme die Sache hinaus — man wolle durch das Strafmaß an dem Wahrspruch der Geschwornen — mildernde Umstände — eine Korrektur vornehmen.

Dann kommt das Urteil: 6 Jahre, 5 Jahre, 4 Jahre, 4 Jahre — so geht es fort. — Dazu die Aberkennung der Ehrenrechte bei sämtlichen sieben wegen schweren Landfriedensbruchs Verurteilten.

Sind denn diese Leute ehrlose Verbrecher? Gewiß waren unter den Verurteilten auch bedenkliche Elemente. Gewiß haben die Leute sich strafbar gemacht. Ehrlos haben sie aber nicht gehandelt!

Sonnenklar haben die beiden Prozesse erwiesen, daß die herrschenden Klassen und ihre Justiz die Volksseele und die Volkserregung nicht verstehen können, weil sie unbewußt auch im Gerichtssaale die Vertreter des herrschenden Systems bleiben. —

Ein Verkünder des Christentums.

Der evangelische Pastor Deenemann ist unter die Umstürzler gegangen. Was will er umstürzen? Etwas, wie es den evangelischen Christen geziemt, das Sälchte und Wöfe dieser Zeit, deren Ungerechtigkeit, Ausbeutung, Unterdrückung, Rechtsungleichheit, Glend und Not. Nein, Pastor Deenemann ist ein „Kreuz-Zeitungs“-Pastor und umstürzen will er die Anfänge von Recht und die Möglichkeiten einer gerechteren Ordnung der menschlichen Verhältnisse, wie sie die Sozialdemokratie in tausend Kämpfen geschaffen. Und er will sie umstürzen nicht durch Worte der Liebe, nicht durch sanftes Wort, wie seine Religion gebietet, sondern nach den bekannten Geboten der brutalsten Reaktion, für die das Christentum nichts ist als das Aushängeschild für schamlosestimmoral.

Der christliche Geistliche wendet sich gegen die „schwächliche Kriegsführung“ wider die Sozialdemokratie. Er ruft zum „fröhlichen fröhlichen Krieg“, er fordert Sozialistengesetze, Einiperrung aller Sozialdemokraten, Umsturz des Reichstags-Wahlrechts. Es mag doch festgehalten werden, was dieser Kirchenhirt in seinem christlichen Gewämte trägt:

„Nach menschlichem Ermessen kann man wohl sagen: wenn die Sozialdemokratie noch ein Jahrzehnt so ungestört weiter arbeiten kann, wie bisher, dann ist das ganze Volk soweit unterwühlt, auch das Heer nicht ausgenommen, daß auch die härtesten Dämme, die härtesten Abwehrmaßnahmen den Umsturz nicht mehr werden aufhalten können. So ist entschieden, rücksichtslos, der Kampf gegen die Sozialdemokratie eine ernste Pflicht aller, die unser Volk und Vaterland lieb haben.“

In erster Linie ist dieser Kampf Pflicht der Regierung. Wir brauchen ein Gesetz, daß dem Volke, vor allem der unerfahrenen Jugend, sagt: Die Sozialdemokratie ist auf verbotenen Wegen, der Beitritt ist verboten, ihre Schriften sind verboten, und wer irgendwie als sozialdemokratischer Agitator auftritt, wird bestraft. Damit wäre für viele Tausende eine Klarheit geschaffen, die sie auf rechtem Wege bewahrt. Wir erwarten von der Regierung ein solches Gesetz.

Es wäre ein unglücklicher Schaden, wenn die Regierung noch immer stumm bliebe. Aber bliebe sie es, so müssen wir so mehr die andern Faktoren auf den Plan treten, die bürgerlichen Parteien. Bringt die Regierung kein Sozialistengesetz ein, so sollten die Parteien selbst die Initiative ergreifen, oder eine Partei. Wenn das klar ist, daß der Kampf nötig ist, so soll er auch frisch und mutig begonnen und alle Mittel dazu in Bewegung gesetzt werden. Und jeder fröhliche, mutige, kräftige Anfang wäre hier schon ein moralischer Sieg, selbst wenn das Ziel nicht gleich erreicht würde. — Und dazu muß energisch die Aenderung des Reichstags-Wahlrechts in Angriff genommen werden. Daß es ein Verberb fürs Volk ist, sehen Tausende ein, Konservative und Liberale, und sagen es auch offen oder unter der Hand. Aber doch will keine Partei das Odium auf sich laden, nach dieser Seite hin in Verdacht zu kommen. Wenn aber die Sozialdemokratie der Feind ist, der mit ganzer Entschiedenheit auf allen Seiten bekämpft werden muß, so ist jenes Verhalten der Parteien doch eine schwächliche Kriegsführung. Auch hier ist ein fröhlicher, klarer Anfang der erste Schritt zum Vorwärtskommen. . . .

Aber was soll an die Stelle treten? fragt man. Hier ist ein Vorschlag. . . . Der größte Schaden und die größte Ungerechtigkeit und der größte Unverstand liegt aber in dem gleichen Wahlrecht. Das näher darzulegen, erspare ich mir. Jeder Einsichtige weiß es. Es soll auch hier niemand geschädigt und verläßt werden, es soll jeder seine Stimme behalten, und kann sich also niemand beklagen, daß ihm etwas genommen sei. Aber jeder, der ein Grundeigentum, auch nur ein kleines hat, oder jeder, der der Vertreter eines Grundeigentümers ist, z. B. Beamte in Dienstwohnungen, der bekommt eine zweite Stimme. Die Bedeutung des Grundeigentums für den Staat rechtfertigt das. Der Grundeigentümer ist für den Staat sehr wichtig und hat auch für den Staat und sein Wohl ein viel größeres Interesse. Und jeder, der ein Einkommen von 3000 oder 4000 M. versteuert, bekommt ebenfalls noch eine Stimme, weil er dem Staat mehr leistet als diejenigen, die gar keine oder nur wenig Steuern zahlen. Und endlich jeder, der das einjährige Zeugnis, also einen etwas höheren Grad von Bildung besitzt, bekommt auch dafür eine Stimme, denn auch die höhere Einsicht ist dem Staat von höherem Nutzen. Rame ein Sozialistengesetz zu stande, so müßte es gerechterweise auch den Passus enthalten, daß Sozialdemokraten als Leute, die den Umsturz unsres Staates erstreben, an den Arbeiten des Reich-

und Landtages nicht teilnehmen dürfen. Alle für Sozialdemokraten abgegebenen Stimmzettel wären dann damit böllig gegenstandslos. Es würde dann auch wohl sehr bald die Wählerarbeit vor der Wahl und die Beteiligung an der Wahl wegfallen. Und für diesen Fall wäre eine Aenderung des Wahlrechts vorläufig noch nicht nötig. . . .

Arten können wir aber nicht mehr mit der Aenderung, wenn wir nicht alles aufs Spiel setzen wollen. Darum gebe ich diesen Vorschlag zur Erwägung. . . .

Also ein christlicher Minder der Menschenliebe! Die „Kreuz-Zeitung“, das Organ für Jollwinder, Klassenjustiz, Klassen-Wahlrecht, Junkerabsolutismus, giebt dem wilden Kampfsruf des Geisteslichen lauten Widerhall und fordert mitschuldig auf, Vorschläge zu machen, wie am ehesten und bequemsten der Umsturz der Verfassung und der winzigen Volkrechte betrieben werden soll.

Der Vorgang zeigt, wie die Giesebrechterei umgeht und nur auf einen günstigen Augenblick lauert! —

Aus der Wahlagitation für Dr. Dertel. Als in dem sächsischen Wahlkreise Freiberg Dr. Dertel unterlag, wurde von seinen Anhängern behauptet, die Sozialdemokraten hätten den Wahlkampf in ungehöriger Weise geführt. Thatsächlich ist aber das Gegenteil wahr. Schon früher ist u. a. bekannt geworden, wie Anhänger Dr. Dertels einen Liberalen gemißhandelt haben, jetzt wird ein neues Beispiel mitgeteilt von der Art, in der die Agrarier in jenem Wahlkreise verfahren. Die konservativen Wähler waren entrüstet, daß die Nationalliberalen für den Oberagrarier des Bundes der Landwirte nicht eintreten wollten und eine eigne Kandidatur aufstellten. Der Bürgermeister von Freiberg stand auf nationalliberaler Seite. Nun hat der Geschäftsführer des Bundes der Landwirte Oswin Schmidt in Freiberg, als ihm mitgeteilt wurde, daß der Bürgermeister beim Besuch des Königs Georg die Begrüßungsrede halten würde, in einem öffentlichen Lokale gehöhrt, „von einem Manne, der keine Königstreue im Herzen trage, der sozialdemokratisch gesinnt sei, wolle man keine Königstreue hören.“ Nach Angabe eines Zeugen hatte Schmidt noch hinzugefügt, er nehme nichts zurück, er habe Beweise, daß der Bürgermeister Sozialdemokrat sei. Die Folge war eine Klage vor dem Schöffengericht wegen Beleidigung. Der Amtsanwalt führte unter anderem aus, einen Bürgermeister, der seinem Könige den Treueid geleistet habe, Sozialdemokrat zu nennen, sei der denkbar stärkste Vorwurf, der einem Stadtoberhaupt und seiner Bestimmung gemacht werden könnte. Er beantrage Gefängnisstrafe. Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Paedel-Dröbden, erwiderte, die Beurteilung der Frage, ob die Bemerkung der Angehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei bei der heute nun einmal nicht mehr wegzuleugnenden Machtstellung derselben eine Beleidigung sei, überlasse er dem Gericht; er beantrage Freisprechung. Das Gericht erkannte auf 200 M. Geldstrafe oder zwei Monate Gefängnis wegen öffentlicher Beleidigung. —

Ein Galatienprozess. Professor Dr. Hans Delbrück hatte in einer Publikation in den „Preussischen Jahrbüchern“ behauptet, die Galatisten hätten ein Demagogie- und Spionierchtem großgezogen, und hatte bald darauf den Sekretär des Ostmarken-Bereins erwähnt. Die Vorstandsmitglieder dieses Vereins, die Herren v. Tiedemann, Wagner, Raschbau und Kememann, verurteilten darauf den Professor Delbrück wegen Beleidigung. Das Amtsgericht verurteilte auch Delbrück zu einer Geldstrafe von dreihundert Mark und das Landgericht verwarf seine Berufung. Das Landgericht nahm an, daß die Kläger als Vorstandsmitglieder des Ostmarken-Bereins zur Stellung des Strafantrags berechtigt gewesen seien, wenn auch im direkten Vorwurf nur von den Galatisten gesprochen wurde. Es liege auf der Hand, daß er die Mitglieder des Ostmarken-Bereins, und in erster Linie dessen Vorstandsmitglieder meinte und wußte, daß die Leser den Ausdruck Galatisten auf die Mitglieder des Ostmarken-Bereins in erster Linie beziehen würden. Die Mitglieder des Ostmarken-Bereins hätten sich direkt beleidigt fühlen können.

Der Beklagte legte Revision ein. In der Verhandlung vor dem Kammergericht machte sein Vertreter geltend, daß die Mitglieder des Ostmarken-Bereins nicht zur Klage legitimiert seien. Der Begriff Galatisten umfasse jetzt, im Gegensatz zu früher, weit mehr als den Ostmarken-Berein. Auch stände Herrn Delbrück der Schutz des § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) zur Seite.

Der Strafenat des Kammergerichts hat das Urteil des Landgerichts aufgehoben und die Sache an dasselbe zurückverwiesen. —

Ausland.

Oestreich-Ungarn.

Zum Jarenbesuch.

Wie schon durch den Telegraph mitgeteilt worden, hatte die Arbeiterschaft Wiens dem Jaren durch Einberufung einer Protestversammlung einen besonderen Empfang bereitet. Die Versammlung wurde aber nicht, wie es in jener Nachricht hieß, von dem Regierungsvertreter aufgelöst, sondern dieser ließ nur die Abstimmung der Resolution nicht zu. Es seien deshalb einige Sätze aus derselben wiedergegeben:

„Die Versammlung spricht den hundertzwanzig Millionen Unglücklichen, die als Bewohner Auslands das Opfer der Blutiger und Herrschamfähigkeit des Jaren Nikolaus II. sind, sowie insbesondere den heldenhaften revolutionären Bekämpfern des Massenmörders auf dem Throne die tiefste Sympathie und die begeistertste Bewunderung aus.“

Die freiheitlich und menschlich gefinnete Bevölkerung Oestreichs erblickt in dem Besuch eine Beleidigung ihrer Empfindungen.“

Der Regierungsvertreter konnte nicht verhindern, daß die tausendköpfige Menge auf die Frage, ob jemand gegen die Resolution etwas einzuwenden hätte, mit nein antwortete und in den Ruf einstimmte: Wieder mit dem Jaren. — Die Demonstration wurde auf der Straße fortgesetzt. Unter den drohenden Aufen: Wieder mit dem Jaren! Wieder mit den Blutthunden! und unter Abfingen von Arbeiterliedern bewegte sich die Menge durch die Straßen. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen. —

Italien.

Unregelmäßigkeiten und Fälschungen in der Marine giebt nun selbst der Marineminister Morin als vorhanden zu. Vor dem Ministerium bekannt geworden, daß Unregelmäßigkeiten vorlagen, oder hatte man nicht umhin gelohnt, den schweren Anschuldigungen Ferris Rechnung zu tragen, kurz, der Konteradmiral Refasdos war beauftragt worden, in den Marine-Verwaltungsstellen von Spezzia Untersuchungen vorzunehmen. Aus einem Schreiben, das der Marineminister Morin nach erfolgtem Bericht Refasdos an die Marineverwaltung zu Spezzia richtete, und das seinen Weg in die Spalten des „Avanti“ gefunden, ist ersichtlich, daß in der bezeichneten Verwaltung in der That erhebliche Unregelmäßigkeiten festgestellt worden sind. Danach wurden eine Anzahl Beamte geführt, für die keine Arbeit vorhanden, Aufgaben sind gemacht, ohne daß Beläge da sind, ferner fehlen Eintragungen von Materialen usw. Um so merkwürdiger ist, daß trotzdem dieses Ministerium sich der parlamentarischen Untersuchung widersetzt. —

England.

Das Schreiben des bisherigen Finanzministers Ritchie an den Premierminister Balfour, in welchem er seine Demission gab, ist gestern veröffentlicht worden. Er sagt darin: Nach dem, was gestern im Kabinettsrat geschehen ist, ist es mir unmöglich, Mitglied der Regierung zu bleiben. Ich sympathisiere durchaus mit dem Wunsch, Mutterland und Kolonien enger miteinander zu verknüpfen, aber ich weiß von keiner andern Methode, den Kolonien eine Vorzugsbehandlung einzuräumen, als derjenigen, die von dem Kolonialsekretär angeraten worden ist, nämlich den Zoll auf Lebensmittel, welcher eine Vermehrung der Besteuerung bedeutet. Dagegen bin ich entschieden. Ich würde gern jeden brauchbaren Plan in Erwägung ziehen, um einen besseren Zugang zu den Auslandsmärkten zu gewinnen oder

den Uebelständen zu begegnen, über die wir Klage führen, aber es war uns kein solcher Plan vorgelegt worden. Ich fürchte, daß jeder auf Vergeltungszölle gerichtete Plan, wenn auch unbeabsichtigt, doch unvernünftig zum Schutz führen und noch weit größere Uebelstände herbeiführen wird, als diejenigen waren, die man zu verhindern wünschte. —

Erklärungen.

Grunewald, 1. Oktober 1903.

An die Redaktion des „Vorwärts“.

Berlin, Lindenstraße 60.

Sehr geehrter Herr Redakteur!

Nachdem in Nr. 228 Ihres Blattes abermals vier Spalten mit gegen mich gerichteten Erklärungen gefüllt worden sind, bedarf es wohl nicht erst der Berufung auf das Preßgesetz, um Sie zur Veröffentlichung meiner Antwort zu bestimmen. Ich schulde Ihnen die Rücksicht, diese Antwort auf das unbedingt Notwendige zu beschränken.

1. Herr Göhre hat am 20. April im „Vollwider“ mit seiner Namensunterschrift erklärt: „Mein Artikel“ (der Artikel, den er mir angeboten und eingeschickt hat) „war bereits geschrieben und geschickt, als jener Beschluß“ (des Parteivorstandes) „veröffentlicht wurde.“ Diese Erklärung sollte nach den unmittelbar vorausgehenden eignen Worten des Herrn Göhre den Vorwurf zurückweisen: „daß ich nach Belanngabe des Parteivorstandesbeschlusses einen Artikel in der bürgerlichen „Zukunft“ veröffentlicht hätte.“ Wenn Worte noch einen Sinn haben, heißt das: „Ich hätte den Artikel nicht in der „Zukunft“ veröffentlicht, wenn ich, ehe er geschickt war, die Stellung des Parteivorstandes gekannt hätte.“ Demgegenüber stelle ich fest: Der Artikel ist am 3. März — Herr Göhre behauptet am 1. März — in meine Hände gelangt, am 4. März von mir druckfertig gemacht, am 5. März, nach Ausweis der Druckereibücher gesetzt worden; am 6. März hatte Herr Göhre ihn zur Korrektur im Haus, am 14. März erschien er in der „Zukunft“. Ich behaupte, daß Herr Göhre, als er sein Manuskript abschickte, über die Stellung des Parteivorstandes nicht im Zweifel sein konnte; ob ich damit Recht oder Unrecht habe, werden die Berliner Parteinstanzen beurteilen können. Erweislich wahr aber ist: daß der Artikel des Herrn Göhre mir, zweimal, ausdrücklich als eine „Demonstration gegen die Parteiregenten“ (ich citiere meinen Artikel vom 28. September) von Frau Braun angeklendet worden ist; daß dieser Artikel nicht, wie Herr Göhre wider besseres Wissen behauptet, hat, gesetzt war, als der Parteivorstandesbeschluss veröffentlicht wurde; und daß es Herrn Göhre bis zum 10. März nur ein Wort gefolgt hätte, wenn ihm, nachdem der Parteivorstandesbeschluss veröffentlicht war, nötig erschienen wäre, seinen Artikel zurückzuziehen. Ich hätte solchem Wunsch, — den ich auch unter andren Umständen selbstverständlich stets erfüllen würde — um so bereitwilliger entsprochen, als ich selbst inzwischen das von Herrn Göhre gewählte Thema in dem Artikel „Die Epistel von Hollmann“ ausführlich behandelt hatte. Alle Silbenstreichereien und Schimpfwörter des Herrn Göhre zeigen mir nur das Bemühen, den Tatbestand zu verdunkeln; daß er in voller Kenntnis der Vorstandsstimmung und des Vorstandsbeschlusses seinen Artikel in der „Zukunft“ veröffentlicht und in der Erklärung vom 20. April 1903 Unwahreres behauptet hat. Denselben Verdunkelungsversuch macht er, um nur ein Beispiel anzuführen, mit der Behauptung, er habe „Max Lorenz 1896 in der Besprechung des Parteitag des Vorang gelassen“. („Vorwärts“ 228.) Herr Lorenz hat in meiner Zeitschrift nie einen sozialdemokratischen Parteitag besprochen, überhaupt nur einen Artikel darin veröffentlicht: „Mein Austritt aus der Sozialdemokratie“. An dem Tage, wo dieser Artikel erschienen war (6. November 1896), hat mich Herr Göhre brieflich auf den mir vorher von ihm angebotenen Artikel über den sozialdemokratischen Parteitag zu verzichten, weil Lorenzens Artikel — so schrieb Herr Göhre — „schon das enthalte, was ich, etwas un-sammenhängender und etwas ausführlicher vielleicht ausführen wollte. Ich könnte also nur wiederholen; und Wiederholungen dürfen in Ihrer „Zukunft“ keinen Platz haben. . . . Mit der Bitte, mir nicht zu zürnen, und mit herzlichem Gruß Ihr sehr ergebener Göhre.“ Ein Mann, der so leichtsinnig mit der Wahrheit umgeht, sollte etwas vorsichtiger in der Anschuldigung seiner Nebenmenschen sein.

2. In Nr. 225 des „Vorwärts“ hatte Herr Bernhard gesagt, „Unser Gespräch habe in „Gegenwart eines Zeugen“ stattgefunden. Als ich ihm nachgewiesen habe, daß dieser „eine Zeuge“ für ihn belastend aussage, erklärt er (Nr. 228), mein Zeuge sei mit seinem nicht „identisch“. Nun sind also zwei Zeugen. Ich weis von keinem zweiten. Und bitte um die Erlaubnis, aus dem (unverbetenen) Brief des einzigen mir bekannten Zeugen das Wesentliche citieren zu dürfen:

„Ich war erstaunter Ohrzeuge, als Herr Bernhard im Verlauf eines Gesprächs, der sich um den vom Parteitag zu lassenden Beschluß betraf, die Mitarbeit von Genossen an bürgerlichen Blättern drehte, erklärte: „Da werde ich mein Pseudonym ändern müssen.“ Das mag ein Scherz gewesen sein; inwiefern man über solche einem Parteitagehörigen zumindest ernste Fragen scherzen dürfte, mögen andre beurteilen. Ich habe diese Aeußerung Bernhards angeführt, weil sie für mich wenigstens den unumstößlichen Beweis bildet, daß er auch die bestrittene Aeußerung gethan hat, er werde auf dem Parteitag erklären, der Artikel sei eine Jugendthorheit gewesen, die er bereue. . . . Ich war Zeuge, wie Sie Herrn Bernhard eindringlich zuredeten, sich zu schonen und in der Woche vor dem Parteitag keinen Artikel für die „Zukunft“ zu schreiben. Sie motivierten dieses Ansinnen damit, daß Sie eine kurze Erholungsreise antreten und für die nächste Nummer das Material bereits zusammengestellt haben. Wenn Herr Bernhard aber glaube schreiben zu müssen, würde dieser Artikel für eine spätere Nummer zurückbleiben. . . . Herr Bernhard konnte nach dem, was Sie ihm gesagt hatten, auch (in Ihrer Karte vom 8. September) nichts anderes als eine Höflichkeit erblicken; zum Gegenteil hatte er ja auch durch sein Verhalten vor dem Parteitag noch keinen Anlaß gegeben; höchstens zum Mißtrauen.“

Der Originalbrief steht der Redaktion zur Verfügung.

Meine „Absichten bezüglich meiner ferneren Mitarbeiterschaft“ kannte Herr Bernhard ganz genau. Auf seine Anfrage habe ich, dessen Rat er als für sich „ausfallaggebend“ erklärte, ihm geraten, nicht mehr für mich zu schreiben, möglichst schnell sich eine eigne Wochenschrift zu gründen, ihm gestattet, sie, nach dem von mir für ihn erfundenen Pseudonym „Plutus“ zu nennen, und, als er klagte, das zur Verfügung stehende Kapital werde nicht reichen, ihm angeboten, für die erste Zeit seiner — immerhin mit meiner Konstruierenden — Wochenschrift das Lokal und den gesamten Apparat meines Verlages unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Dieser Vorschlag beglückte ihn. „Dann kann ich's machen.“ rief er und hat seine Gattin ins Zimmer, um ihr die „sabelschwarze Liebeswürdigkeits-Hardens“ mitzuteilen. Das geschah zwei Wochen vor dem Dresdener Parteitag.

3. Die Behauptung, daß ich im April 1903 den Verkehr mit dem Ehepaar Braun brüskl abstrach, weil ich aus seinem Privatleben Dinge erfahren hatte, die mir weiteren Verkehr widerrieten, ist erweislich wahr. Um recht deutlich zu sein: die Thatsache des Abbruchs und die vom Verkehr abschreckenden Thatsachen aus dem Privatleben sind erweislich wahr und können an der zuständigen Stelle bewiesen werden. Wer auf so konkrete Angaben, namentlich wenn sie von einem Manne ausgehen, den der Beschuldigte noch vor kurzem gütlich bewundert und dessen Hilfe er in allen Pöhrnissen seines materiellen und literarischen Lebens erbeter und erhalten hat, (das ist, mir gegenüber, die Lage des Herrn u. d. Frau Braun), — wer auf solche Angaben nur mit Schimpfwörtern und der Betonung seiner „Würde“ antwortet, hat sich selbst das Urteil gesprochen. Auf die Beschwerde, ich hätte Briefstellen aus dem Zusammenhange gerissen, antworte ich: Ich habe mich, in Ausübung meines Notwehrrechtes, einstweilen auf das zum Beweis Braunscher Unwahrscheinlichkeit unbedingt Notwendige beschränkt und (insbesondere auch in Sachen Kautsky und Jettin) alles vermieden, was dem Ehepaar Braun weitere Unannehmlichkeiten machen könnte; bin aber gern bereit, sämtliche Briefe und Karten, die Herr und Frau Braun an mich geschrieben haben, wörtllich zu veröffentlichen. Da Herr Braun über

eine Zeitschrift verfügt, kann er mir leicht den dazu nötigen Raum schaffen.

4. Herrn Heine ist aus privater und öffentlichen Mitteilungen bekannt, daß ich auf Dinge, die gegen oder über mich Mittwoch früh veröffentlicht werden, erst neun Tage später in meiner Zeitschrift antworten kann. Gerade den Mittwoch aber hat er zur Veröffentlichung seines Schriftsatzes gewählt. Ich werde ihm, für dessen adulatorische Reize ich einigermassen Verständnis und viel Anerkennung habe, in dem am 9. Oktober erscheinenden Heft meiner Zeitschrift, so viel es nötig ist, antworten und muß bitten, das Urteil über seine und meine Darstellung bis dahin zu verlagern. Hier kann ich, um den Raum des „Vorwärts“ nicht allzu sehr in Anspruch zu nehmen, nur einzelnes berichten. Herr Heine druckt Teile aus Briefen ab, die er an mich gerichtet hat, und meint dann, ich würde mich vielleicht darauf berufen, daß diese Briefe mit „Hochachtungsvoll und ergebenst“ schließen. Das ist kein übler Witz. Die konventionelle Formel würde freilich nichts beweisen. Herr Heine aber versucht, durch Weglassungen seinen Briefen den Charakter der Keivität zu nehmen, den sie hatten. Der, den er mir nach seiner Rede aus Dresden schrieb, schließt mit „besten Grüßen“; der sechs Tage vorher aus Tegernsee geschriebene, intum eingeleitete, schloß mit dem Satz: „Vollmar, bei denen ich zwei Tage zugebracht habe, und meine Frau lassen Sie bestens grüßen.“ Ich glaube, daß solche Worte doch etwas mehr beweisen als „Hochachtungsvoll und ergebenst“. Hebrings werde ich von dem Tegernsee Brief vom 9. März noch einiges zu sagen haben. Ich habe Herrn Heine zweierlei vorgezogen. Erstens, daß er mich durch eine Depesche verlorst hat, ihm einige Briefe des Herrn Mehring — die er früher zur Ansicht erbeten und wochenlang behalten hatte — nach Dresden zu schicken, und daß er diese Briefe, die er, wie ich annehmen mußte, ausschließlich zur Abwehr gegen mich auf dem Parteitag durch ein Flugblatt verbreiteter Unwahrheiten benutzen wollte, ohne irgend eine Autorisation Herrn Bernhard übergab und von diesem Herrn zu einem Angriff auf Herrn Mehring benutzen ließ. Ich hätte die Briefe Herrn Bernhard nicht anvertraut, habe sie ihm, der dringend darum bat, verweigert und hätte, wenn ich Schoenlants und Mehrings eigne Briefe gegen Mehring benutzen wollte, längst in meiner Zeitschrift dazu Gelegenheit und Grund gehabt. Herr Heine hat das ihm anvertraute Eigentum mißbraucht, es mir erst nach zwei schroffen Depeschen, in denen ich es forderte, zurückgeschickt und, statt mich, wie er angeboten hatte, gegen Unwahrheiten zu schützen, mich in den Verdacht gebracht, ich hätte gegen Herrn Mehring eine Intrigue angezettelt. Sollte die Affaire Schoenlant vorgebracht werden, so mußte Herr Mehring von dieser Absicht vorher benachrichtigt werden. Herr Heine, dem alle in, dessen Takt und kriminalistischer Anstandspolizist ganz allein, auf seine Bitte die Briefe anvertraut waren, hat sich durch sein Verhalten eines, wie ich finde, ungeheuerlichen Vertrauensbruchs schuldig gemacht. Der zweite Vorwurf, den ich ihm mache, ist: daß er in Dresden sein Verhältnis zu mir und sein Urteil über mich wissenschaftlich falsch dargestellt hat. Dafür bringt meine Wochenschrift den Beweis; hier nur zwei Proben: Auf dem Parteitag sagte er, er „mihbillige auf das schärfste“ meinen „persönlich-geschäftigen Ton“ und habe das „auch Garden gegenüber ausgesprochen“. Fünf Tage vorher hatte er mir geschrieben, er habe im Winter einmal die Absicht gehabt, mit mir über die Form meiner Polemik zu sprechen, und hoffe, dazu noch Gelegenheit zu finden. Bis ich die Dresdener Rede las, mußte ich annehmen, daß Herr Heine meilenweit von „schärfster Mihbilligung“ meines Bemühens entfernt sei. Auf dem Parteitag sagte er: „Gardens eigne Artikel mit ihrem prononciert persönlichem Charakter haben die Absicht (aus der „Zukunft“ eine allen Parteien zugängliche Redaktionszweige zu machen) „bereitet“. Am achten April 1903 hatte er mir geschrieben: „Wenn die „Zukunft“ nicht ganz so allgemeine Tribune für alles Sagenwerte geworden ist, so sehe ich darin eine Folge der politischen Mifständigkeit Deutschlands.“ Das ist genau das Gegenteil. Und die Monate April bis September 1903 waren die Zeit meines intimsten Verkehrs.

Herr Heine, der sich, obwohl er alle in der Anstifter zum Angriff auf Herrn Mehring war, tief im Hintergrund hielt, den Objektivität spielte, und mir das Odium aufbürdete, ich hätte dieses unschöne Heldenstück inszeniert, Herr Heine behauptet in seinem Schriftsatz, ich hätte „vernichtende Enthüllungen“ über ihn in Aussicht gestellt. Die Behauptung ist unwahr. Ich habe weder die Macht noch die Neigung, den Herrn zu „vernichten“. In der mir aufgegebenen Fehde war mein Ziel, zu beweisen, daß die Herren Bernhard, Braun, Göhre, Heine ihre Beziehungen zu mir und ihr Urteil über mein Wirken vor der höchsten Rechtsinstanz ihrer Partei wider besseres Wissen falsch dargestellt haben. Ob dieser Beweis gelungen ist, kam, trotz allen Verbrechen und erbärmlichen Retzungen einfach aus dem vorgebrachten und noch vorzubringenden Material erklart werden. Wer es unbefangene prüft, wird wissen, ob aus den Reden der vier Herren zu merken war, wie sie zu mir und meiner Wochenschrift jahrelang und bis in die letzte Zeit hinein standen. War das aber nicht zu merken, dann haben sie gegen mich, dem von ihren Genossen unüberbietbare Schimpfwörter zugeschlendert worden waren, mehrheitlich gehandelt. Denn „wer der Masse zuliebe unterläßt, was Ehre und Pflicht erheischen, ist ein verächtlicher Demagoge.“ Das sagt Herr Rechtsanwalt Heine, der mir vor fünf Wochen spontan mitteilte, er sehe eine „Ehrenpflicht“ darin, auf dem Parteitag offen für mich, für die Reinheit meiner Motive und für die Unparteilichkeit meiner Zeitschrift einzutreten.

In vorzüglicher Hochachtung
Garden,
der Herausgeber der „Zukunft“.

Der Bericht des heutigen „Vorwärts“ über die Versammlung im dritten Wahlkreis und speziell über die Rede des Genossen Wolfgang Heine veranlaßt mich, folgendes zu erwidern:

Ist die Darstellung des „Vorwärts“ über die Rede Heines richtig, so hat nie ein Parteigenosse die von ihm geschilderten Vorgänge so auf den Kopf gestellt wie Heine. Das gilt nicht nur von seiner Darstellung der Verhandlungen des Parteitages in Dresden, wovon sich jeder durch eine Durchsicht der „Vorwärts“-Berichte bezw. des in den nächsten Tagen erscheinenden Parteitags-Protokolls überzeugen kann, das gilt auch von der Schilderung der sonstigen Vorgänge, auf die Heine sich gegen mich bezieht.

Selbstverständlich werde ich in meiner Antwort mich nicht mit einer Richtigstellung von Heines Darstellungen begnügen, sondern auch auf seine ebenso maßlosen wie wahrheitswidrigen Anschuldigungen antworten. Ich befinde mich hierbei aber nicht in der Rolle des sich verteidigenden — wie man in der Versammlung des dritten Wahlkreises anzunehmen schien — sondern in der Rolle des Angreifers. Ich mache kein Hehl daraus, daß mir durch das Vorgehen Heines eine Nohe aufgenötigt wurde, die mir willkommen ist.

Diese Auseinandersetzung muß aber vor einem Forum stattfinden, das allein kompetent zur Beurteilung ist. Nicht in einer öffentlichen Parteiverammlung, in der jeder sich einfinden kann, der glaubt Parteigenosse zu sein oder so thut, als sei er es, um seine Reuterde zu befriedigen, sondern in einer Versammlung, in der die organisierten Parteigenossen von Berlin und Umgegend allein vertreten sind.

Ich werde mich zu diesem Zweck mit den Vertrauensleuten der Parteigenossen von Berlin und Umgegend ins Benehmen setzen, damit die Formen gefunden werden, unter welchen eine solche Versammlung am zweckentsprechendsten stattfinden kann. Auf einige Wochen Aufschieb kommt es hierbei nicht an. Im Gegenteil, je ruhiger wir allabend verhandeln, um so besser.

Ich will auch schon jetzt erklären, nachdem heute der „Vorwärts“ ankündigte, ich würde in der Fortsetzung der Versammlung des II. Wahlkreises zuerst das Wort erhalten, daß ich in jener Versammlung über den Fall Heine nicht sprechen werde. Ich möchte aber den Vertrauensleuten des zweiten Wahlkreises zu erwägen geben, ob sich nicht Mittel und Wege finden lassen, daß auch jene Versammlung nur von wirklichen Parteigenossen und Parteigenossinnen besucht wird.

Hörsberg-Berlin, den 1. Oktober 1903.

G. Heine.

Franz Mehring veröffentlicht in Nr. 229 des „Vorwärts“ eine gegen mich gerichtete Erklärung. Ich habe nicht das geringste Interesse weder für den vergangenen, noch für den gegenwärtigen Mehring und habe, obgleich er mich schon seit Jahren oft genug offen oder versteckt angegriffen hat, nie geantwortet. Ich folgte dabei einem Räte älterer erfahrener Freunde in der Partei, die mir beim ersten derartigen Falle sagten: „mit Mehring diskutierte man nicht, denn niemand hält es aus, eine persönliche Diskussion so lange fortzusetzen wie er, es wird einem bald ekelhaft zu antworten, und deshalb behält er doch immer das letzte Wort.“ Dies war der Sinn des mir erteilten Rates; der Wortlaut war noch weit drastischer.

Ich habe mich stets danach gerichtet und Mehring schimpfen lassen. Wenn ich aber auf dem Parteitag ein Blatt Papier, das mir einst ein Zufall auf den Tisch geweht hatte, und das mir geeignet schien, dem Friedensstörer den Mund zu stopfen, für alle Fälle bereit haben wollte, so war das, denke ich, das gute Recht eines fortwährend gehässig angegriffenen. Ich war froh genug, daß ich dann nicht genötigt war, damit herzutreten und mich auf das Widerliche eines Streits mit Mehring einzulassen. Ich werde auf einen solchen Streit wenn möglich auch ferner nicht eingehen.

Berlin, 1. Oktober 1903.

Wolfgang Heine.

In der vorgestrigen Parteiverammlung des dritten Berliner Reichstags-Wahlkreises hat der Genosse Heine in seiner Erörterung über die nach seiner Meinung verschiedene Behandlung revisionistischer und radikaler Akademiker von seiten der Partei erklärt:

„Am, gegen Göhre, der ein Stück politischen Lebens hinter sich hatte, habe man Värm geschlagen. Als aber der Student Grünwald die Partei beglückte, da erhielt er Hals über Kopf die Redaktion des Blattes in Erfurt und auch bald eine Reichstagskandidatur.“

Demgegenüber habe ich richtig zu stellen:

1. Ich habe nicht als Student die Partei „beglückt“, sondern bereits als 19jähriger Gymnasiast im Jahre 1892.

2. Ich erhielt nicht „Hals über Kopf“ die Redaktion unseres Erfurter Parteiblattes und die Reichstagskandidatur für den Wahlkreis Nischhausen-Langensalza-Weihenfee, sondern nachdem ich neun Jahre in Stuttgart, dann in Jena, Weimar wie in ganz Thüringen und ganz besonders im Verbreitungsbezirk des Erfurter Parteiblattes der Partei nach Kräften und Möglichkeit gedient hatte.

3. Die ad 2. genannte Parteifunktion erhielt ich auch nicht als „Student“ (im Sinne des Genossen Heine), sondern nachdem ich meine zehnjährige Studienzeit, in deren drei letzten Semestern ich bereits als Assistent am Staatswissenschaftlichen Seminar der Jenaer Universität fungierte, abgeschlossen und darauf ein Jahr als freier Schriftsteller gelebt hatte.

Die Angaben, die Genosse Heine vorgestern abend über meine Person und über meinen Weg zu und in der Partei machte, sind also in allen ihren Teilen unwar. Wenn zu dem „Stück politischen Lebens hinter sich haben“ aber gehören soll, daß man erst in diversen andern und zwar möglichst reaktionären Parteien gegen die Sozialdemokratie thätig gewesen sein muß, bevor man zu eben dieser Partei kommt, so belerne ich mich allerdings dem Genossen Heine wie auch dem Genossen Göhre gegenüber gern als parteipolitisch minderwertig.

Friedenau-Berlin, den 1. Oktober 1903.

Mag Grünwald.

Bezugnehmend auf die Äußerungen des Genossen Richard Fischer in der Parteitag-Bericht-Versammlung des II. Berliner Reichstagswahlkreises meine Person und die Affaire Auer betreffend verweise ich auf die Berichte des „Vorwärts“ über den Parteitag und überlasse es der Les- und Urteilsfähigkeit der Genossen, darüber zu entscheiden, wer die Unwahrheit gesagt hat.

Berlin, 1. Oktober 1903.

Adolph Hoffmann.

Genosse Bolderos hat nach dem gestrigen Versammlungsbericht des zweiten Kreises das Auftreten Fischers mit einer Äußerung Timms zu rehabilitieren gesucht.

Demgegenüber stelle ich fest:

Auf meine persönlichen Vorhaltungen auf Timms Anzapfung erklärte mir derselbe, keineswegs dabei an mich gedacht zu haben und bestritt auch ferner irgend eine Äußerung über Auer meinerseits ihm gegenüber.

Dies zur vorläufigen Richtigstellung und als Beweis, wie sonst einwandfreie Genossen in den Klatschschumpf geraten.

A. Taetzerow.

In der Parteiverammlung des vierten Wahlkreises am letzten Dienstag hat nach dem Bericht des „Vorwärts“ der Genosse Adolph Hoffmann von mir unter anderem erzählt: „Ich weiß, Auer hatte die Töcher voll Material gegen Bebel, um diesen lächerlich zu machen.“ Wenn ich von diesem Material später keinen Gebrauch gemacht habe, so soll dieses geschehen sein, weil mir Hoffmanns Absicht, Bebel zu schämen und mich zu vernichten, rechtzeitig hinterbracht worden sei.

Da ich, wie ich wohl nicht erst zu versichern brauche, den Genossen A. Hoffmann nicht zu meinen Vertrauten zähle, so hat er von mir natürlich auch keine Mitteilungen über meine etwaigen Vorarbeiten für den Dresdener Parteitag erhalten. — Es bleiben also nur zwei Möglichkeiten: Entweder Genosse A. Hoffmann hat sich seine Behauptungen aus den Fingernägeln gezogen, oder er schwänzte einem Zwischenräger nach, der ihn in diesem Falle gründlich angelogen hat.

J. Auer.

Leider bin ich genötigt, dem gestrigen Bericht des „Vorwärts“ über die Partei-Versammlung im sechsten Wahlkreise eine berichtende Erklärung nachfolgen zu lassen, da dem Berichterstatter bei dem Bemühen, eine dreundeinhalbstündige Debatte in einige kurze Sätze zusammenzufassen, verschiedene Irrtümer in die Feder gelaufen sind.

Was die Gardenschen Veröffentlichungen anbetrifft, so habe ich gesagt, daß ihnen nur insofern Bedeutung beizumessen sei, als er dokumentarische Beweise dafür erbracht habe oder bringen werde.

Für die Partei-Schiedsgerichte, deren Anrufung ich den Beschuldigten anriet, habe ich keineswegs als notwendigen Verhandlungsgegenstand auch die Frage der Mitarbeiterschaft bei der „Morgenpost“ angegeben; ich habe vielmehr ausdrücklich darauf hingewiesen, daß diese Frage durch den Parteitag endgültig erledigt sei; Bernhard müsse entweder auf seine Redaktionsstellung bei diesem Blatte verzichten, oder auf seine agitatorische Thätigkeit in der Partei. Durch Zurufe aus der Versammlung wurde dann festgestellt, daß Bernhard in richtiger Würdigung des Dresdener Beschlusses bereits seine Stellung als Lehrer in der Arbeiter-Bildungsschule aufgegeben sowie gegenüber den Gardenschen Behauptungen die Klarstellung durch ein Schiedsgericht beantragt habe.

In Bezug auf Bebel ist die Hauptsache aus meinen Ausführungen fortgelassen und dadurch erhält der Rest eine ganz falsche Färbung. Ich wandte mich sehr energisch gegen die von Vollmar in die Welt gesetzte und dann von zahlreichen andern nachgeredete Behauptung, daß Bebel eine Diktatorrolle in der Partei zu spielen suche und thätig spiele. Als Beweis dafür, wie wenig das zutrafte, wies ich darauf hin, daß in der Fraktion in einzelnen Fällen, in denen Bebel sich gedungen fühlte, eine den Anschauungen der Fraktionsmehrheit nicht entsprechende opportunistische Taktik zu empfehlen, er mitamt Vollmar und andern niedergestimmt wurde und ihm dann bei solchen Gelegenheiten auch ebenso deutlich die Meinung gesagt wurde, wie das nun einmal bei inneren Auseinandersetzungen in der Partei üblich sei. Nicht etwa auf einen „Verdruß“ über solche Zurückweisungen habe ich die scharfe Sprache Bebel's auf dem Parteitage zurückgeführt; ich habe vielmehr bemerkt, die nachträgliche Erkenntnis, daß er hin und wieder der revisionistischen Strömung zu viel nachgegeben hätte, habe wohl dazu mitgewirkt, Bebel in eine um so größere Erbitterung gegenüber dem neuerlichen Auftauchen revisionistischer Bestrebungen

zu versetzen. Im übrigen habe ich gar keinen Zweifel darüber gelassen, daß ich mit Bebel's Haltung auf dem Parteitag, von Neben-sächlichkeiten abgesehen, durchaus einverstanden bin.

Was dann den Fall des Genossen Edmund und Fischer anbetrifft, so habe ich ihm nicht Vertuschung vorgeworfen, sondern etwas weit schlimmeres, nämlich die geflissentliche Irreführung der Leser des „Armen Teufel“ über die Vorgänge auf dem Parteitag. Eine Vertuschung dieser Irreführung habe ich dagegen dem „Vorwärts“ vorgeworfen, weil er durch die Form seines Berichts über die Beschwerde der Jittauer Genossen und durch den kritischen Abdruck der beschönigenden Erklärung Fischers bei den Lesern des „Vorwärts“ den Eindruck von der völligen Harmlosigkeit der Sache erweckt. Fischer habe nämlich im „Armen Teufel“ den Bericht über die Preßdebatte so zugestuft, daß er erst ausführlich Brauns Rede giebt, dann Kaustjys Erwiderung mit etwa zwei Zeilen abkürzt und darauf seine eigne Rede wiederum ausführlich bringt. Die Sache ist um so skandalöser, da es sich dabei um persönliche Angriffe handelt, deren Zurückweisung durch Kaustjy den Lesern des „Armen Teufel“ einfach unterzögelt wird. Ein gleichwertiges Beispiel solcher systematischen Irreführung lieferte sogar in der bürgerlichen Presse nur die „Deutsche Tageszeitung“, die die Parlamentsreden ihres Chefredakteurs Dr. Hertel ausführlich zu bringen pflegte, während sie sozialdemokratische Reden als völlig nichtig hinzustellen beliebte. Diese Ausführungen habe ich gemacht als Beispiel dafür, wie gerade von revisionistischer Seite die Parteigenossen über die Vorgänge im Parteileben irreführt werden.

Galenje, 1. Oktober 1903.

G. Ledebour.

Zu der Erklärung des Genossen Ledebour haben wir zu bemerken: Der Vortour der Vertuschung in der Angelegenheit der Jittauer Parteiverammlung ist unberechtigt. Wir haben den Vorgang in dieser Versammlung wie in allen andern Versammlungen, wie auch alle Äußerungen der Parteipresse objektiv berichtet, indem wir die wichtigsten Stellen aus der angenommenen Resolution in Anführungsstrichen — zur Kennzeichnung der wörtlichen Wiedergabe — citieren; da Edmund Fischer sofort auf die ihm gemachten Vorwürfe antwortete, so mußten wir auch diese Antwort erwidern. Wir thaten das, indem wir wiederum in Anführungsstrichen die erhebliche Stelle dieser Antwort abdruckten. In diesem Verfahren kann man verständigerweise keine Vertuschung erblicken. Ledebour scheint allerdings die Vertuschung darin zu erblicken, daß wie die beiderseitigen Meinungsäußerungen kritisch wiedergaben. Aber den Parteitag hat der „Vorwärts“ seine Meinung gesagt. Wie der zum Zweck der Information erfolglosen Wiedergabe der mannigfaltigen Äußerungen in der Parteipresse und in den Parteiorganisationen überall kritische Stellen hinzuzufügen, ist ebenso unmöglich wie unnötig. Die Redaktion.

In der Vera der Erklärungen kann ich auch nicht schweigen. In der Parteiverammlung des dritten Wahlkreises hat Genosse Darni am Dienstag behauptet:

„daß Richard Fischer zum Huldigungsfest des Papstes auf der Bodrauersee seine Kinder geschickt und sie dort habe Lieder singen lassen.“

Das ist nicht die ganze Wahrheit; bei dem Alter meiner Kinder — das jüngste ist 17 Jahre — kann von einem „Schiden“ nicht die Rede sein; ich habe sie vielmehr selber dorthin geführt. Und bei der von mir ererbten musikalischen Talente ist es selbstverständlich, daß sie sich mit dem einfachen Klavierspiel begnügen konnten; sie haben vielmehr unter meiner Leitung den Solobortrag „Herr, vergieb ihnen, sie wissen nicht, was sie thun“, unter brausendem Beifall zum besten gegeben.

Berlin, 1. Oktober 1903.

Richard Fischer.

Landtagswahl.

Im Landtags-Wahlkreise Offen-Duisburg-Mülheim ist zwischen den sozialdemokratischen Parteileuten des Offen- und des Duisburger Kreises vereinbart worden, daß

1. Zur eigne Wahlmänner aufgestellt werden.

2. Bei Stichwahlen zwischen den Wahlmännern sind gegenwärtig Kandidaten nicht zu unterstützen, da man es hier nicht mit wirklichen liberalen Kandidaten und einer liberalen Partei zu thun hat.

3. Es soll bei Stichwahlen, wenn nur die Segner in die Stichwahl kommen, keine Stimmenthaltung geübt werden, sondern den eignen Kandidaten wiederum die Stimme gegeben werden trotz der Ungültigkeit, damit die Wahlhandlung sich nach Möglichkeit ausdehnt.

4. Es empfiehlt sich, Abweisende nicht als Wahlmänner aufzustellen, weil diese nicht sofort gefragt werden können vom Wahlvorsteher, ob sie die Wahl annehmen, und im Ablehnungsfall später eine Wahlmänner-Nachwahl erforderlich wird.

5. Schleunigst mit der Ausgabe der Listen zu beginnen zwecks Sammlung der Namen aller wahlberechtigten Landtagswähler, damit in den drei Tagen, wenn die amtlichen Listen ausliegen zur Einsichtnahme, sofort damit begonnen werden kann.

Als Kandidaten sollen die Genossen Hengsbach-Köln, Gräfer-Elberfeld und Hofrichter-Köln vorgeschlagen werden.

Partei-Nachrichten.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Zehendorf (Wamssee-Bahn), 1. Oktober 1903.

An die Redaktion des „Vorwärts“.

Werte Genossen!

Durch Schreiben an das Bureau des Reichstags, an den Parteivorstand und den Vertrauensmann unserer Partei im 15. sächsischen Reichstags-Wahlkreise habe ich heute mein Mandat zum Reichstag niedergelegt. Ich teile auch Ihnen das zur Veröffentlichung mit und füge eine Abschrift des Briefes bei, den ich heute an den Vertrauensmann meines Wahlkreises sandte.

Mit freundlichem Gruß

Paul Göhre.

Der Brief lautet:

An den Vertrauensmann des 15. sächsischen Reichstags-Wahlkreises, Herrn Albin Landgraf, Limbach.

Werte Genosse!

Ich bin gezwungen, Ihnen eine für mich entscheidungsbolle Mitteilung zu machen. Ich habe heute mein Mandat zum Reichstag niedergelegt.

Der Anlaß dazu ist nicht der bekannte Angriff Bebel's auf mich in Dresden. Diesen habe ich schon dort energisch zurückgewiesen und auch Bebel hat dann sofort gründlich eingelenkt. Auch die Verdächtigungen meiner Person durch Herrn Maximilian Harden in der „Zukunft“ vom 26. September d. J. sind nicht das Motiv. Ich habe alle diese Verdächtigungen als Fälschungen entlarvt. Anlaß zu meinem Schritte ist vielmehr das Mißtrauen, dem ich, wie ich glaube ohne meine Schuld, schon seit Jahren in Parteifreien begegnet bin, und das auf dem Parteitag in Dresden sowie nach demselben, zuletzt aber in geradezu chroverlegender Weise in dem am Dienstag, den 29. September, stattgefundenen Berliner Parteiverammlung gegen mich geführt worden ist. Die Ursache dieses Mißtrauens liegt ausgeprochenemachen darin, daß ich zu bald nach meinem Eintritt in die Partei und ohne mir angeblich genügende Verdienste um sie erworben zu haben, Abgeordneter geworden bin. Ich halte es in diesem Augenblick für unter meiner Würde, auch nur noch den Versuch zu machen, diese angeblichen Ursachen zu widerlegen. Ich habe heute nur noch die Konsequenz aus einer vorliegenden Thatsache zu ziehen. Ich thue den Schritt in dem Bewußtsein, der Partei mit meinen besten Absichten und Kräften gedient zu haben, ohne eigne Vorteile für mich dabei zu suchen.

Daß Ihnen, den Genossen des 15. sächsischen Wahlkreises, dadurch schwere Angelegenheiten entstehen, ist mir dabei allein

Schmerzhaft. Denn das Verhältnis zwischen uns ist bis zu diesem Augenblick ein gänzlich ungetrübtes gewesen. Aber ich weiß auch auf Sie wäre vielleicht später ein Pfeil gefallen, hätte ich heute die Niederlegung meines Mandats unterlassen.

Mit herzlichsten Grüßen

Ihr ergebener

Paul Göhre.

Der Arbeiter-Rotiz-Kalender 1904 ist soeben im Verlage der Buchhandlung „Vorwärts“ erschienen. Der Inhalt ist auch in diesem Jahre überaus reichhaltig und zweckentsprechend. Die erste Seite bringt als Illustration den Sitzungssaal des Reichstags, mit Angabe der den einzelnen Fraktionen zugewiesenen Plätze. — Wir finden dann im Kalender „Die Ergebnisse der Reichstagswahlen 1903“ nach den bisher veröffentlichten Resultaten mit Angabe der für unsere Partei bei den 1898er Wahlen abgegebenen Stimmen. Außerdem ist angegeben, wieviel Stimmen die Sozialdemokratie 1898 und 1903 von je 100 abgegebenen gültigen Stimmen überhaupt erhalten hat, so daß aus dieser Gegenüberstellung sofort zu ersehen ist, in welchem Wahlkreise unsere Stimmenzahl zu- oder abgenommen hat und wie groß der Stimmenunterschied ist.

Daneben finden sich noch viele wertvolle Notizen über die Reichstags-Wahlen, Fraktionsstärken etc. und endlich die Partrats der sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten. Vielen Parteigenossen werden auch die im Kalender enthaltenen Lebensgeschichten unserer Abgeordneten von Interesse sein, bieten sie doch die beste Widerlegung der Behauptung unserer Gegner, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten keine Arbeiter seien. — Ferner enthält der Kalender: Das Kinder-Schutzgesetz. — Die Adressen der deutschen Gewerbe-Inspektoren, des Parteivorstandes, der Vorsitzenden der deutschen Gewerkschaften, der Mitglieder der Generalkommission, der internationalen Sekretariate, der deutschen Arbeiter-Sekretariate usw. Neben allgemein nützlichen und wertvollen Notizen bringt auch der diesjährige Kalender Agitationsmaterial für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter; so u. a.: Die Mitgliederzahlen und die Leistungen der deutschen Gewerkschaften; ferner wertvolle Hinweise für Revisoren usw., daneben Münz-Tabelle und Porto-Tage. Der textliche Inhalt ist dabei um 16 Seiten vermehrt und auch die äußere Ausstattung stellt sich bedeutend geschmackvoller dar, als in früheren Jahren. Der Kalender kann daher jedem Arbeiter als ein nützliches und praktisches Nachschlagewerk empfohlen werden. Der Preis ist wie bisher 60 Pf.

Bei den Landtagswahlen in Anhalt wurde im Kreise Köhler-Coswig der Genosse Günther mit 36 gegen 21 Stimmen wiedergewählt. Das Mandat für Dessau-Land, das wir auch befehlen hatten, ging in der Stichwahl mit 89 gegen 30 Stimmen an die Konservativen verloren; von 20 liberalen Wahlmännern stimmten 15 für den Konservativen, 2 für unsern Kandidaten, 3 fehlten in der Stichwahl. Im Kreise Bernburg-Land wurde der Konservative wiedergewählt.

Partei-Presse. Eine Wahlkreis-Konferenz für Bunzlau-Löwenberg beauftragte eine Kommission, sich mit Breslau in Verbindung zu setzen wegen Gründung eines täglichen Parteiblattes für die niederschlesischen Kreise Gloggnitz-Goldberg-Dahnau, Bunzlau-Löwenberg, Sagan-Sprottau, Grünberg und Hirschberg.

Der Bürgermeister von Vietzheim bei Rastatt, bei dessen jüngst erfolgter Wahl der „Vollfreund“ berichtete, daß er sich zur Sozialdemokratie zählte, sendet dem Blatte eine Berichtigung. Er habe noch nie zur sozialdemokratischen Partei in Beziehungen gestanden. Na denn also nicht!

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **Majestätsbeleidigungs-Tendenz.** Bekanntlich ist unser Augsburger Parteiblatt wegen angeblicher Majestätsbeleidigung beschlagnahmt worden. Es hatte den Bericht einer Korrespondenz über die Beurteilung eines Majestätsbeleidigers abgedruckt, der in verschiedenen bürgerlichen Blättern unbeanstandet genau ebenso abgedruckt worden ist. Jetzt wird nun noch festgestellt, daß der gleiche Artikel wörtlich übereinstimmend am gleichen Tage wie in unserem Augsburger Parteiblatt in den „Augsburger Neuesten Nachrichten“ abgedruckt ist, die dem liberalen Landtags-Abgeordneten Kommerzienrat Reichel gehören. Dieses Blatt bleibt unbehelligt, das sozialdemokratische Blatt aber wird verfolgt.

In dem Verfahren gegen die Leipziger Genossen Lütich, Heilmann und Schmidt ist die Haftbeschwerde auch vom Ober-Landesgericht abgelehnt worden. Die Hauptverhandlung wird noch im Laufe des Oktober erwartet.

Aus Industrie und Handel.

Die Erneuerung des rheinisch-westfälischen Kohlen-Syndikats ist perfekt. Aus Essen, den 1. Oktober, abends 7 Uhr, meldet uns ein Privattelegramm: Außer „Freibögel“ haben alle Fächer sich dem Vertrag bis 1915 angeschlossen und das Syndikat damit zum endgültigen Abschluß gebracht. Die Hütten und Keeser werden sicher mit ihrem Anschluß folgen.

Die Methoden der deutschen Handelsstatistik. Das kaiserliche Statistische Amt hat im dritten „Vierteljahrsheft zur Statistik des Deutschen Reichs“ 1903 eine instruktive Abhandlung über die Ermittlung der Werte des deutschen Außenhandels und über die Vergleichbarkeit der deutschen Handelsnachweise mit fremden veröffentlicht. Wir greifen das Wesentlichste, das für alle, die sich mit den Ergebnissen der deutschen Handelsstatistik beschäftigen, besonders wertvoll ist, heraus.

Die Feststellung der Werte erfolgt hiernach in der Weise, daß der Wert der Mengeneinheit einer Ware (Doppelcentner, Stück, Maß) geschätzt wird, und durch Vervielfältigung der amtlich erbobenen Mengen mit den gefundenen Einheitswerten die Werte für die einzelnen Warengattungen und die gesamte Ein- und Ausfuhr berechnet werden. Die Mengeneinheit, für welche die Werte, soweit nicht Ausnahmen Platz greifen, zu ermitteln sind, bildet das Reingewicht von 1 Doppelcentner (100 Kilogramm). Bei Flüssigkeiten — mit Ausnahme von Syrup, Melasse, flüssigem Zucker und ausgetrocknetem Honig, bei denen eine Maßzahl in Abzug kommt — sowie bei gasförmigen Körpern wird die unmittelbare Umrechnung zum Reingewicht gerechnet. Als Einheitswert gilt grundsätzlich der Preis, den das Ausland für eine vom Inland bezogene Ware an dieses entrichtet, und den das Inland für eine aus dem Ausland eingeführte Ware an dieses bezahlt. Behufs Durchführung dieses Grundgesetzes wird derjenige Wert ermittelt, welchen die Ware beim Uebertritt über die Zollgrenze hat.

Die Feststellung der Einheitswerte findet alljährlich im Februar durch eine im kaiserlichen Statistischen Amt zusammengetretene Kommission von Sachverständigen aus allen Gebieten des Handels und der Industrie sowie der Landwirtschaft statt. Die Sachverständigen verfolgen die Marktverhältnisse während des ganzen Jahres und ziehen außerdem am Jahresschlusse bei verschiedenen Firmen und Körperschaften Erkundigungen ein. Das Statistische Amt wendet sich außerdem selbst an verschiedene Handelskammern, Kaufmännische und industrielle Verbände, hervorragende Kaufleute und Industrielle, landwirtschaftliche Körperschaften usw., um der Kommission Unterlagen für ihre Arbeiten zu bieten, und erhält ferner vom Hamburgischen Handelsstatistischen Bureau Angaben über die für die Hamburgische Handelsstatistik deklarierten Werte. Die Wertermittlung ist seit ihrer ersten Einrichtung von Jahr zu Jahr immer eingehender gestaltet worden durch Verlegung der einzelnen Nummern des statistischen Warenverzeichnis, Erhebungen über die Zusammenfassung der Sammelnummern, landweise Bewertung einzelner Waren, Ausdehnung der Erkundigungen sowie durch Bemerkung der Mitglieder der Sachverständigenkommission, deren Zahl von 19 seit

Einführung der Beratungen im Jahr 1880 auf 120 im Jahre 1903 stieg. Die länderweise ermittelten Werte weichen zum Teil erheblich voneinander ab; so schwanken z. B. die Einfuhrwerte für frische Kartoffeln zwischen 3 M. und 23 M. für Wein und Rosin in Fässern zwischen 22 M. und 98 M., für rohen Kaffee zwischen 55 M. und 170 M. Zur Vergleichung mit den Wertangaben eines bestimmten Landes können ferner nur die für das betreffende Land besonders festgestellten Werte herangezogen werden.

Bei einer Betrachtung der Handelsstatistiken zweier Staaten fallen die häufigen Abweichungen bei Gegenüberstellung ihrer Angaben über den gegenseitigen Verkehr in die Augen. Der Grund der vielfachen mehr oder minder erheblichen Abweichungen ist in den für den Aufbau der Statistik in den einzelnen Ländern bestehenden verschiedenartigen Vorschriften zu finden, insbesondere in den Vorschriften über Bezeichnung der Herkunft- und Bestimmungsländer, in der Verschiedenheit der unter einer Benennung zusammengefaßten Waren (Verschiedenheit der statistischen Warenverzeichnisse) und der Verkehrsnachweise (Specialhandel, Gesamtgehandelt, Generalhandel, deren Begriffe sich nicht immer decken), in der verschiedenen Behandlung des Veredelungsverkehrs, des Niederlageverkehrs, der Durchfuhr, der Taraberrechnungen, der Art der Ermittlung der Handelswerte usw. Sodann ist der Umstand in Rechnung zu ziehen, daß Waren, die aus einem Land verführt und deshalb in der Statistik dieses Landes als ausgeführt nachgewiesen worden sind, infolge der für den Transport erforderlichen Zeit nicht immer in demselben Jahre in dem anderen Land eingeführt und ferner auch nicht als Einfuhr in dem gleichen Jahre wie im Ausfuhrland angeführt werden. Bei einem Vergleich ist ferner zu beachten, daß die deutsche Handelsstatistik nicht den auswärtigen Handel des Deutschen Reichs, sondern den Handel des deutschen Zollgebiets darstellt. Daß der Verkehr, der sich für deutsche Rechnung im Freihafengebiet zu Hamburg vollzieht, nicht in der deutschen Handelsstatistik erscheint, wird bei der Vergleichung der ausländischen Statistiken mit der deutschen als ein großer Mißstand empfunden.

Einschränkung in der deutschen Flaschenproduktion. In der vorjährigen Generalversammlung der Vereinigung deutscher Flaschenfabriken versprachen sich die Mitglieder, die Produktion bis Ende des Jahres 1904 nicht zu erhöhen. Es wurde festgestellt, daß die gegenwärtige Produktion im Laufe dieses Jahres vollständig veräußert wurde und daß die Lagerbestände sich seit dem 1. Januar d. J. wesentlich verringert haben, so daß nunmehr eine Befestigung der Preise zu erwarten ist.

Weitere Ausdehnungen des Röhrensyndikats werden beabsichtigt. Laut „N. N.“ beauftragte die Generalversammlung des Röhrensyndikats ein Mitglied, mit den englischen und amerikanischen Werken Verhandlungen einzuleiten zwecks einer internationalen Verständigung. Mit den Röhrenwerken Oestreich-Ungarns läuft noch das alte Abkommen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Zum Streik der Omnibus-Angestellten. Auf die bereits veröffentlichte, an den Vorkämpfern angeheftete Erklärung der Direktion hin, daß ein Teil der alten Leute wieder eingestellt werden solle, haben sich nach den Mitteilungen, welche die Kommission den Streikenden machte, eine Anzahl Ausständiger wieder zum Dienst antritt gemeldet. Bei den Streikbrechern hat die Wiedereinstellung dieser Streikenden ziemlich weitgehende Beunruhigung hervorgerufen. Sie sind nämlich der Meinung, daß sie trotz der gegenseitigen Versicherung der Direktion nach Beendigung des Streiks wieder ihr Bündel schnüren müssen. Wie weit das zutreffen wird, läßt sich natürlich jetzt noch nicht sagen. Der Betrieb konnte auch gestern abend noch nicht voll aufrecht erhalten werden. Immerhin hoffte die Lohnkommission noch auf eine Verständigung mit der Direktion durch die Vermittlung des Oberbürgermeisters Kirschner. Diese Hoffnung hat sich jedoch zerfliegen, wie aus folgendem Schreiben hervorgeht, das der Lohnkommission von Herrn Kirschner gestern nachmittag übermittelt wurde:

Berlin, den 1. Oktober 1903.

Gehrier Herr!

Auf meine am 29. September an die Allgemeine Berliner Omnibus-Aktiengesellschaft gerichtete Anfrage, ob sie mit Ihnen unter meiner Vermittlung über die gegenwärtig zwischen ihr und Ihren durch Sie vertretenen früheren Angestellten bestehenden Differenzen in Vergleichsverhandlungen eintreten wolle, habe ich soeben eine vom 30. September datierte ablehnende Antwort erhalten.

Ich bin hiernach nicht in der Lage, in der Angelegenheit etwas Weiteres zu veranlassen.

Den mit Ihnen bei mir am 29. September erschienenen Herren bitte ich von dieser Mitteilung Kenntnis zu geben.

Hochachtungsvoll

ergebenst

Kirschner, Ober-Bürgermeister.

Tarifdifferenzen im Glasergewerbe. Eine öffentliche Glaserversammlung, in der eine starke Entrüstung über das Verhalten der Glasfabrikation zu den Tarifdurchbrechungen mehrerer Arbeitgeber zum Ausdruck kam, tagte am Mittwoch im Gewerkschaftshause. Zunächst teilte Kauerbach mit, daß noch keine gemeinsame Sitzung der Schlichtungskommission stattgefunden hat, um sich mit den großen Verträgen gegen den im vorigen Jahr vereinbarten Tarifvertrag zu befassen. Der Obermeister der Innung hat es nicht einmal für nötig erachtet, auf das Schreiben, das auf Beschluß der Glaserversammlung, die vor 14 Tagen stattfand, an ihn gerichtet wurde, zu antworten. Die Meister scheinen demnach noch immer auf dem Standpunkt zu beharren, daß die Gesellen nicht das Recht haben, über die nicht tarifreuen Stimmen die Sperre zu verhängen, trotzdem sie feinerzeit den Gesellen selbst geraten haben, wo es nicht anders möglich ist, zu dieser Maßregel zu greifen, um dem Tarif überall Geltung zu verschaffen. Die Arbeiter aber bestehen auf Aufrechterhaltung der Sperren und haben inzwischen noch zwei weitere Firmen gesperrt. Sie verlangen, daß diese Streikfrage der Schlichtungskommission vorgelegt werde. Das jetzige Verhalten der Innung muß natürlich die Erregung, die unter den Gesellen über die Tarifdurchbrechungen herrscht, aufs höchste steigern. Von allen Rednern wurden energische Abwehrruhegegnen verlangt. Die Versammlung nahm einstimmig den Antrag an, daß der Obmann der Schlichtungskommission von der Unternehmer-Organisation eine Antwort einzufordern habe, ob der Tarif in den Augen der Unternehmerorganisation noch gilt und ob die eingesezte Schlichtungskommission noch bestehen soll oder nicht. Antwort wird sofort, spätestens aber bis Sonnabendabend gewünscht. Am Sonntagnachmittag um 11 Uhr soll im Gewerkschaftshause abermals eine Glaserversammlung stattfinden, die über die weiteren Schritte beraten wird. Die Glasergesellen Berlins werden aufgefordert, sämtlich in dieser Versammlung zu erscheinen und zu beweisen, daß sie entschlossen sind, solidarisch zusammenzutreten und ihr Recht gegenüber dem Unternehmertum zu wahren.

Der Generalkreis in den böhmischen Ofenfabriken ist zur Thatsache geworden. Die Arbeiterschaft hatte den Landrat Herrn v. Wilms zur Vermittlung angerufen und übernahm derselbe diese auf bereitwilligkeit. Er beauftragte eine Verhandlung an, doch zogen es die Fabrikanten vor, nicht zu erscheinen. Obgleich die Arbeiterschaft ihre Forderungen bis auf 5 Prozent Lohnerhöhung ermäßigt hatte, diese brüske Abweisung und dieses taktlose Benehmen gegen den Landrat! Nun, die Herren glauben, sich gegen die Arbeiter alles erlauben zu können. Am Dienstagabend nahmen, wie schon kurz berichtet, die Arbeiter Stellung zu dieser Abweisung und wurde der Generalkreis mit 1200 gegen 70 Stimmen beschlossen. In den Streik treten ein 800 Köpfer, ca. 800 Hilfsarbeiter, 120 Kutscher

und 87 Maschinisten. Was dieser Streik, welchen die Ofenfabrikanten durch ihre Hartnäckigkeit heraufbeschworen haben, für den Ort Belten bedeutet, ermisst nur der, welcher weiß, daß Belten nur etwas über 7000 Einwohner zählt. Zugang von Töpfern, Kutschern, Maschinisten und Arbeitern nach Belten ist streng ferngehalten. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Deutsches Reich.

Eine Kreis-Konferenz der Gewerkschaften des Rennthales, an der 25 Gewerkschaftsvertreter teilnahmen, beschloß, die Kreis-Gewerkschaftskommission als Kontrollinstanz für das Arbeitersekretariat und zur Vereinfachung der Gewerkschaftsorganisation weiterhin bestehen zu lassen. Vorort der Kommission soll der Sitz des Sekretariats, also vorerst Jferlohn, sein. Da der bisherige Sekretär Lambert wegen Verfassung nach Essen zum 1. Januar seine Kündigung eingereicht hat, soll die Stelle mit einem Anfangsgehalt von 2000 M. öffentlich ausgeschrieben werden. — In der Konferenz nahm als Vertreter der Generalkommission Genosse Legien teil.

Die Lohnbewegung der Maurer in Eberfeld ist beendet, nachdem eine am 28. September ausgenommene Statistik ergeben hat, daß bereits 65 Prozent der Maurer einen Stundenlohn von 48 Pf. verdienen. Auf allen Bauten, wo die Unternehmer etwas abziehen wollten, soll jedoch sofort die Arbeit eingestellt und die Sperre von neuem verhängt werden.

Ausland.

Ein Ausstand der Kutscher in Budapest hat nach den Berichten bürgerlicher Blätter zu schweren Ausschreitungen geführt. Die „Voss. Ztg.“, der wir die Verantwortung für diese Mitteilungen überlassen müssen, berichtet darüber folgendes:

Gegen Mittag versuchten die Ausständigen, ungefähr 1000 Köpfe stark, den Frachtransport auf dem Westbahnhof zu verhindern. Sie hatten schon den Portier des Frachbahnhofs niedergeschlagen und schwer verletzt, als die Polizei einschritt. Von einem Steinbägel überschüttet, mußte sich die Polizei vorerst zurückziehen, griff jedoch dann mit blanker Waffe die Ruhestörer an, die hartnäckig Widerstand leisteten, die Konstabler von den Pferden rissen und einen von diesen mit einer Eisenstange derart verletzten, daß dieser sterbend ins Spital gebracht werden mußte. Hierbei fiel aus der Menge gegen die Polizei ein Revolvergeschuß, worauf die Mannschaft ihrerseits von den Revolvern Gebrauch machte. Zahlreiche mehr oder minder schwer Verletzte blieben auf dem Plage, die Menge zog sich erschreckt in das Lager der Ausständigen in der Wainnerstraße zurück. Polizei sperrte dieses ab und rief gleichzeitig Militär zur Unterstützung herbei. Husaren säuberten die umliegenden Gassen und sperrten diese ab, während Polizei in das Lager eindrang, um Verhaftungen außerordentlicher Elemente vorzunehmen. Diese, 142 an der Zahl, sollten nachmittags in die Polizeizentrale mittels Schubwagen übergeführt werden. Die Militär- und Polizeibedeckung dieser Wagen wurde jedoch von der erbitterten Menge angefallen und mit Steinen und Ziegeln bombardiert. Beidem hierauf folgenden Angriffe des Militärs wurden zahlreiche Ruhestörer verwundet, einer durch Säbelstiche tödlich verletzt. Um 5 Uhr war die Ruhe wieder hergestellt. Die ganze Wainnerstraße vom Westbahnhof bis Reupest ist abgesperrt und von Husaren besetzt. Abends werden weitere Ausschreitungen befürchtet.

Seider können wir aus Eignem über die Vorommnisse nicht berichten und deswegen nicht darüber urteilen, ob etwa die Ausständigen der Polizei und dem Militär wirklich einen Anlaß zu dem rigorosen Vorgehen gegeben haben. Ursache zum Mißtrauen gegenüber der Darstellung der „Voss. Ztg.“ haben wir volkhaft; es ist ja bekannt, daß die Budapestser Behörden seit jeder Grobes im Niederstumpeln von Ausständigen leisteten und auch im Aufstehen von Vorwänden dazu nicht verlegen sind.

Sociales.

Ein Wehgerstreik, das heißt ein solcher der Wehgermeister, ist, wie uns aus Landau in der Pfalz geschrieben wird, am Freitag voriger Woche dortselbst zum Ausbruch gekommen. Die Wehgermeister haben ihre Thätigkeit eingestellt und wollen dieselbe nicht eher wieder aufnehmen, bis ihre Forderungen erfüllt werden. Der Grund des eigentlichen Streiks, der nach allen Regeln der modernen Streiktaktik durchgeführt wird, liegt in der schlechten Behandlung — man trifft sie also auch hier —, der die Wehgermeister im städtischen Schlachthause durch die Bediensteten desselben ausgeübt sind und in der Art, wie durch den Bezirkstierarzt Teil der Fleischbeschau ausgeübt werde. Die Wehger erklären, daß sie so nicht weiter arbeiten könnten, wenn sie nicht ganz ruiniert werden sollen. Die Sympathie der Bevölkerung Landaus und der umliegenden Landorte ist völlig auf Seiten der Wehgermeister. Die Bauern weigern sich, der Stadtverwaltung, die im Schlachthause eine Regieschlächterei einrichtete, ihr Vieh zu verkaufen und läßt sich einer bestimmten, dies doch zu thun, so bekommt er dafür von seinen Gebattern Prügel. Es fehlt also auch nicht an Terrorismus. Die Viehhändler haben sich gleichfalls mit den Wehgern, deren Vorgehen natürlich bei ihren Kollegen allgemein Anlaß gefunden hat, solidarisch erklärt und sich gleichfalls verpflichtet, der Stadtverwaltung kein Vieh zu verkaufen. Die Versuche der Stadtverwaltung, die sich mit ihren Schlachthausbediensteten und ihrem Fleischbeschauer solidarisch erklärt und kein Vieh an ihnen zu finden vermag, die Fleischbeschau zu regeln, sind denn auch bis jetzt täglich gescheitert. Es ist nicht des Sads Wendel wert, was sie austreibt. Drei Schweine, drei Hälber und drei Hammel ist alles, was sie bisher aufbrachte.

Submissionen. Für Anstreicher-Arbeiten am Bahnhof N 5 n betrug die Mindestforderung 822 M. und die Höchstforderung 2686 M.

Eine Polizei-Attacke.

In später Abendstunde hatte auf dem Rettelbeplage, dem Halteplatze zweier Omnibuslinien, eine Menschenansammlung stattgefunden. Eine Anzahl von jüngeren Leuten prüff und johlte bei Anfunft und Abfahrt der Omnibusse und bald erschien nach den uns zugegangenen Mitteilungen ein größeres Aufgebot von Schutzleuten zu Fuß und zu Pferde. Man meldet uns, daß die Polizei täuschungslos in die Menschenmasse mit blankgezogenem Säbel eingeschlagen habe und verschiedene an den Vorgegangen gänzlich unbeteiligte Personen mehr oder minder schwere Verletzungen davongetragen haben.

In der Bevölkerung herrscht begreiflicherweise gewaltige Erregung und Empörung.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Magdeburg, 1. Oktober. (B. G.) Das Kriegsgericht verurteilte den Russen Liebenow vom 26. Infanterie-Regiment wegen Fahnenflucht und schweren Diebstahls zu 3 1/2 Jahren Zuchthaus, 6 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizei-Aufsicht.

Triasil (Steiermark), 1. Oktober. (B. T. B.) Die Arbeiter des hiesigen Kohlenwerks sind wegen Ablehnung der von ihnen geforderten Festsetzung eines Minimallohnes in den Ausstand getreten. Die Zahl der Ausständigen beträgt 2247.

Der Kongress von Reims.

Reims, 28. September. (Fig. Ver.)

Zweiter Verhandlungstag.

Vormittags-Sitzung, 9 1/2 Uhr.

Vorsitzender: Abg. Constans. Bericht: Landier, Feu.

Bei der Besetzung des Bureaus, das mit jedem Tage wechselt, wird darauf gesehen, daß möglichst alle Föderationen der Reihe nach im Bureau vertreten seien.

Bericht der Kammerfraktion.

Abg. Déjeante, Berichterstatter: Die Gewählten haben seit Beginn der Legislatur 48 Gesetzentwürfe eingebracht. Sämtliche Entwürfe, mit einer einzigen Ausnahme, wurden von allen Fraktionsmitgliedern unterzeichnet. Im einzelnen hat Bailant 14, Constans 10, Coutant 10, Déjeante 8, Delory u. a. je 1 Entwurf eingebracht. Außerdem hat Sembat als Berichterstatter des Post- und Telegraphenbudgets fungiert. Die meisten Entwürfe beziehen sich auf ökonomische und soziale Fragen.

Der Berichterstatter zählt die Entwürfe sämtlich auf. Die wichtigsten betreffen folgende Materien: Sicherung des Wahlgeheimnisses und der Wahlfreiheit, Abschaffung des Kultusbudgets, Amnestie, Bailants Entwurf über die soziale Versicherungs-Gesetzgebung, Alterspensionen, Abschaffung der Ausnahmegeetze von 1893 und 1894 (gegen die Anarchisten), Koalitionsrecht der kommunalen und der Staatsarbeiter, Unverletzlichkeit der Parlamentsmandate mit Beamten in privaten Finanzunternehmungen und dergleichen, Monopol der Zuckerraffinaden-Industrie, ein Arbeits-Gesetzbuch, Abschaffung der unternehmerischen Verkaufsmagazine, Abschaffung der privaten Arbeitsnachweis-Bureaus, Abänderung des Gewerkschaftsgesetzes, Abschaffung der stehenden Armeen (Entwurf Bailant), Schaffung eines Arbeitsministeriums, Volksschulinitiative und Referendum (Bailant), Streikrecht, Abschaffung der städtischen Verbrauchssteuern, der Kaffee- und Kolaölzölle, Verbot der Kinderarbeit in den Kongregationsanstalten, gleicher Lohn für französische und eingewanderte Arbeiter, Abschaffung der Verkehrssteuer auf Wein und Eider.

Die Fraktion hat häufig in die Debatte eingegriffen: Allards Rede für die Trennung zwischen Kirche und Staat, Sembats Rede für die Abschaffung der Postkraft beim Bailant, Constans Bericht über die Straßbahnen, Interpellation über die Verfolgung des antimilitaristischen „Soldaten-Bandwagens“ und vieles andre.

Mit Ausnahme der Frage der bäuerlichen Schnaps-Eigenbrenner hat die Fraktion geschlossen gestimmt.

Sie hat stets im Auge behalten die Interessen des Proletariats ohne Rücksicht auf die Ministerfrage.

Eine Anzahl sozialistischer Deputierter, die außerhalb der Fraktion stehen, votieren vielfach mit uns, und es ist bestimmt zu hoffen, daß sie der Fraktion beitreten werden.

Besüglich der Agitationstätigkeit der Fraktion verweist Déjeante auf die Inanspruchnahme der Deputierten durch die parlamentarische Arbeit. Uebrigens giebt es Versammlungen, die nicht wichtig genug sind, um eine Reise zu machen. Die Fraktion hat, soweit möglich, an der Agitation mitgewirkt. (Weisfall.)

Dubreuilh moniert, daß die drei Delegierten der Fraktion im Centralrat der Partei an dessen Plenarversammlungen kein einziges Mal teilgenommen hätten. Enge Beziehungen zwischen Fraktion und Centralrat seien unentbehrlich.

Abg. Constans bedauert den schwachen Besuch der Fraktions-Sitzungen. Der Kongress möge die nötigen Anweisungen befehlen.

Rapport erkennt die Leistungen der Fraktion an, aber sie habe den allgemeinen Standpunkt unserer Partei nicht scharf genug zum Ausdruck gebracht, so namentlich in der antiklerikalen Frage und in Bezug auf Reformen überhaupt. In der ersten Frage hätte die Fraktion den sozialistischen und revolutionären Charakter unseres Antiklerikalismus markieren sollen. Ebenso habe sie die Verurteilung der Reformen nicht scharf genug geäußert. Im Ausland, wo man uns immer mehr als die einzige sozialistische Partei Frankreichs betrachte, wüßte man sich über unsere materielle Schwäche. Unsere moralische Machtstellung könnte viel besser ausgenutzt werden. Die Fraktion könnte in dieser Beziehung viel thun. — Weiter bemerkt Redner, daß die Agitationstätigkeit der Deputierten durch die parlamentarischen Arbeiten nicht benachteiligt werden dürfe. Es wäre für die persönliche und die sozialistische Hygiene zuträglich, wenn die Deputierten häufiger die verpestete Luft der Deputiertenkammer gegen die frische Außenluft vertauschen würden. (Weisfall.) Der fleißige Besuch der Kammer-Sitzungen sei überflüssig. Zum Schluß bedauert Redner die Abwesenheit einiger Deputierter, die er nicht anfragen wollte, weil sie nicht da seien. Die Betreffenden könnten kraft ihres Talentes viel Großheres leisten als bisher. (Weisfall.) (Gemeint ist namentlich Sembat. Außer Sembat sind noch abwesend die Abg. Chauvière und Alard. Letzterer hat übrigens sich brieflich entschuldigt. Der Berichterstatter.)

Déjeante verweist auf die zahlreichen Einmischungen der Deputierten in alle wichtige Debatten. Gegen den Vortrager bemerkt er, daß die Fraktion immer danach getrachtet habe, ihren Gegensatz zu den ministeriellen Sozialisten zu markieren. Aber man müsse gewisse Schwierigkeiten berücksichtigen. Das Fehlen eines täglichen Partei-Organs, das die Fraktionstätigkeit agitatorisch ausnutzen könnte, erschwert es uns, in effektiver Weise mit der ministeriellen Fraktion zu brechen. Dennoch haben wir selbst von Reaktionen zu Wanderverweiden beantragte Reformen (um das Ministerium in Verlegenheit zu bringen) votiert, wenn die Reformen unserm Programm entsprächen, ohne sich um die Hay der Ministeriellen zu kümmern, die uns des Zusammengehens mit der Reaktion beschuldigen. Unsere Genossen begreifen unsere Abstimmungen, doch aber nicht die breite Masse, selbst in unseren eignen Wahlkreisen nicht. Daber ist eben ein gewisser Takt erforderlich, um nicht den Eindruck hervorzuheben, daß wir immer mit den Feinden der Republik gemeinsame Sache machten. Gibt es doch in unfern Wahlkreisen Arbeiter, die immer noch für die Vereinigung mit Jaurès und den Seinen schwärmen. Daher wäre freilich gerade ein effektiver Versuch in der Kammer sehr nützlich, aber die Partei ist nicht im Stande, die Fraktion in dieser Beziehung zu unterstützen, da wir kein Tagesblatt haben.

Wohlgemerkt, aber die Notwendigkeit eines scharfen Auftretens gegen die Jaurèsisten ist die Fraktion einig. Ist das aber in der gegenwärtigen Lage möglich ohne Schaden für die Partei? Wir haben so oft gegen die Regierung votiert und dadurch uns die Angriffe der Feinde zugezogen. Aber wer hat denn unsere Haltung ins rechte Licht gerückt? Unser Festhalten an den Parteiprinzipien wird niemand bezweifeln. (Weisfall.)

Mistrail-Grenoble bezieht sich über die Vernachlässigung der Agitation in der Provinz seitens der Deputierten. Diese sollten sich in erster Linie der Agitation widmen, besonders dort, wo die Partei in schwerem Kampfe gegen die Ministeriellen steht.

Corgeron-Aube bespricht einzelne Fälle, wo Mitglieder der Partei in der Provinz auf Einladung von Nichtgenossen in Versammlungen sprachen. Einige Abgeordnete hätten in der Provinz selbst ministerielle Kandidaten unterstützt. Insbesondere erwähnt Redner die Beteiligung an freidenklichen Meetings. Das müsse aufhören. Er beantragt daher eine entsprechende Resolution.

Abg. Bailant schlägt sich Déjeantes Ausführungen an: Nur Alinde können nicht sehen, daß der Versuch der Fraktion mit den Ministeriellen scharf und unwiderruflich ist. Aber man muß die komplizierte Lage berücksichtigen. Wenn jemand darin besser Bescheid weiß, so soll er es hier sagen. Wenn die Trennung zwischen uns und den Ministeriellen nicht effektiver genug sein mag, so deshalb, weil sie und da die Meinungen über Einzelheiten auseinandergehen, so daß im Interesse eines einstimmigen Votums der Fraktion Zugeständnisse gemacht werden müssen. So namentlich in lokalen Fragen. — Die Deputierten können nicht der parlamentarischen Arbeit so gleichgültig

gegenüberstehen, wie Rappoport es meint. Wären wir in der Kammer abwesend, so könnte die Kritik noch scharfer einsehen. Gegen den Vortrager sagt Bailant: Wir treten ebenfalls für strenge Disziplin ein. Die angeführten Fälle der Verletzung der Disziplin sind zu bedauern. Aber es ist zu bedenken, daß unsere Partei aus verschiedenen Elementen besteht, die eben im Begriff stehen, ihre endgültige Einigung zu verwirklichen. Anstatt die betreffenden Genossen zu verurteilen, haben wir es vorgezogen, für die Zukunft ähnliche Vorfälle zu verhindern, um diese Genossen der Partei zu erhalten. — Möge der Centralrat für die Zukunft die nötigen Maßnahmen treffen.

Besüglich der Agitation verweist Bailant auf die von der Fraktion aufgestellte Rednerliste, wonach die Deputierten der Reihe nach den Einladungen der Organisationen zu folgen haben. Die Tätigkeit der Fraktion entspricht vollkommen den Wünschen und der Disziplin der Partei.

Dubreuilh: Die Abg. Sembat und Chauvière sind auf dem Kongress nicht erschienen, weil sie kein Mandat hatten, der Abg. Allard ist am Erscheinen verhindert. Bezüglich der Mitwirkung an gewerkschaftlichen Veranstaltungen teilt Redner mit, daß der Centralrat in drei Fällen die Genossen davor rechtzeitig gewarnt habe und zwar mit Erfolg.

Rapport erkennt den revolutionär-sozialistischen Charakter der Abstimmungen der Fraktion an, ebenso den großen Wert der Einstimmigkeit ihres Votums im Gegenatz zu der dreifachen Abstimmungsweise der ministeriellen Fraktion. In seiner früheren Rede habe er nicht eine Kammerdebatte über die beiden Methoden des Sozialismus verlangt, sondern die Betonung des Unterschiedes zwischen unserer Partei und den Ministeriellen in bestimmten wichtigen Fällen. Eine energische Aktion in der Kammer könne auch die Schaffung einer täglichen Zeitung erleichtern, indem dadurch der Einfluß der Partei wachsen würde.

Rolbes referiert kurz über den Inhalt eines Berichts der Doubs-Föderation, ohne sich den Ansichten derselben in allen Punkten anzuschließen: In dieser Föderation hält man die parlamentarische Arbeit so ziemlich für überflüssig, mit Ausnahme von gewissen besonders wichtigen Fällen. Sodann müßten die sozialistischen Ziele bei jeder passenden Gelegenheit in der Kammer propagiert werden, um sich so der bourgeois Publikum zu bedienen. Redner führt einzelne Fälle an, wo das sozialistische Ziel an konkreten Fragen wirksam erläutert werden könnte. Dann würde die Art Enttäuschungen, die den Bericht der Doubs-Föderation durchwehe, verschwinden. (Weisfall.)

Déjeante bezieht sich auf die parlamentarischen Schwierigkeiten: Wir haben die Tagesordnung der Kammer nicht in unserer Hand. Seit Jahren giebt es eigentlich nur zwei Debatten in der Kammer: über die Budget- und die kirchliche Frage. Bailants Interpellation über die Arbeitslosigkeit wartet seit langem vergebens, an die Reihe zu kommen. Uebrigens haben wir uns im Sinne Rolbes beteiligt an den Debatten über die Petrol- und Zuckerfrage. Aber unsere Reden sind wenig bekannt, weil wir eben kein Tagesorgan besitzen.

Abg. Constans schlägt sich dem Vortrager an und bittet die Genossen, sich auf den „Journal Officiel“ zu abonnieren, die „einzige sozialistische Tageszeitung“ (Weiterkeit), da sie die stenographischen Kammerberichte bringt, während die „Petite République“, das Organ von Jaurès, unsere Reden verschweigt.

Es kommen noch zahlreiche Redner zum Wort. Schließlich wird der Fraktion einstimmig ein Vertrauensvotum gegeben. Weiter wird nach längerer Debatte einstimmig beschlossen, daß die Parteimitglieder gemäß den früheren Beschlüssen jede an sie gerichtete Einladung zur Abhaltung von Vorträgen, zur Teilnahme an Festlichkeiten u. dergl. vorerst dem Centralrat zu übermitteln haben, ausgenommen sind nur die Einladungen der eignen Departements-Föderation der betreffenden Genossen. Dadurch wird den in der Debatte vielfach gelemzeigten Verletzungen der Disziplin einiegel vorgehoben werden.

Auf Delorays Antrag wird einstimmig beschlossen, daß die Deputierten, die kein Kongressmandat besitzen, doch auf dem Kongress zu erscheinen haben, um an seinen Arbeiten mit beratender Stimme teilzunehmen.

Bailants Anregung, der Kammerfraktion das Recht auf drei Kongressdelegierte zu geben, die Stimmrecht hätten, wird dem Centralrat überwiesen, wie es Bailant selbst verlangt.

Begrüßungen sind eingetroffen von der holländischen Socialdemokratie, von Blechaonff namens der russischen revolutionären Socialdemokratie und vom deutschen Parteivorstand nebst einem Begleiterschreiben von Kautsky. Die Verlesung dieser Begrüßungen ruft lebhaften Beifall hervor. Schluß 12 Uhr.

Kautskys Begleiterschreiben lautet:

„Werte Genossen! Der Parteivorstand hat mich beauftragt, Euch seine Glückwünsche zu Eurem Kongress zu übermitteln, sowie sein Bedauern, einen Delegierten nach Reims nicht senden zu können. Ich freue mich, in seinem Namen Ihnen heiligendes Schreiben zu senden, und schließe daran meine persönlichen Glückwünsche.“

Ihr habt die edle und wichtige Aufgabe zu erfüllen, Euch ein neues Programm zu geben. Das wird Euch gelingen, weil Ihr wahrhaft geteilt seid, die Einigung der revolutionären Kräfte Frankreichs darstellt. Und Ihr werdet von neuem zeigen, daß die unerbittliche Opposition gegen die bestehende Bourgeoisordnung sehr wohl vereinbar ist mit dem praktischen Kampfe für die Hebung der gegenwärtigen Lage des Proletariats, daß die einzige Methode jene Hebung der Bourgeoisgesellschaft zu entreißen, gerade in dem Kampfe gegen sie und nicht in der Ausöhnung mit ihr besteht.

Dieses Kampfsprinzip haben wir von neuem in Dresden bestätigt. Ihr habt es stets verteidigt gegen die Verworfenheit einiger Freunde und die Lügen der Feinde des Proletariats.

Mit Handschlag und brüderlichem Gruß

R. Kautsky.“

Das Schreiben des Parteivorstandes lautet:

„An den Kongress der Sozialistischen Partei Frankreichs zu Reims. Werte Genossen! Indem wir Euch von ganzem Herzen für Eure Einladung zum Kongress danken, bedauern wir aufs lebhafteste, daß die derzeitige Situation uns nicht gestattet, der Einladung zu folgen.“

Aber seid sicher, Werte Genossen, daß wir mit dem lebhaftesten Interesse Eure Beratungen verfolgen werden und daß unsere ganze Sympathie Euren Kongress begleiten wird.

Genehmigen Sie daher den Ausdruck unsrer Solidaritätsgefühle und unsrer aufrichtigen Wünsche für den Erfolg Eures Kongresses, der, wir zweifeln nicht daran, dazu beitragen wird, mehr Klarheit in den Köpfen zu schaffen und die Reihen des Proletariats enger zu schließen, dadurch unsere gemeinsame große Sache fördern: Die Befreiung des Proletariats und der Menschheit. In diesem Sinne begrüßend wünschen wir Euch und entbieten Euch unsere brüderlichen Grüße. Bez.: Der Parteivorstand der deutschen Socialdemokratie.“

Stimmen über den Parteitag.

Im neuesten Hefte der „Sozialistischen Monatshefte“ nehmen b. Elm, Adolf Müller, Bernstein und Calwer das Wort zum Parteitag. Wir geben noch einander einiges aus diesen Darlegungen. Eins Artikel ist auf den Ton lebhaftesten Bedauerns über die Verhandlungen gestimmt. Er schreibt: „Eine andre Frage ist die, ob diese ganze eitelhafte Auseinandersetzung dem Parteitag nicht hätte erspart werden können. Vebel

will nicht „Schulmeister“ sein — gut: es würde auch keinen guten Eindruck machen, wenn ein Mitglied des Parteivorstandes allein sich zum Richter über andre Parteigenossen aufwerfen wollte. Aber an unfern Parteivorstand, meine ich, müßten wir das dringende Ersuchen richten, den Parteitag vor dem widerlichen Litteratengezänk für die Folge zu bewahren. Es ist nicht wahr, wenn man glaubt, der Partei-Organismus sei so fest gefügt, daß er auch das Schlimmste ertragen könne. Wenn in Zukunft das so weiter gehen soll, daß wir zur Freude unsrer Gegner auf unsren Parteitag und gegenseitig zerfallen, dann wird dadurch nicht nur unsere Partei öffentlich diskreditiert, sondern einer großen Anzahl von Parteigenossen wird die Lust zur weiteren Mitarbeit an der Partei genommen. Sachliche Auseinandersetzungen über unsre Grundsätze, über unsre Taktik wüßten klärend, würden erhebend; persönliches Gezänk dagegen niederdrückend, entmutigend. Die Debatten in Hannover haben uns nicht geschadet, sie trugen durchweg einen großzügigen Charakter; das Litteratengezänk in Lübeck hat in weiten Kreisen der Partei Unwillen hervorgerufen; was uns in Dresden geboten wurde, wird in vielen Proletarierherzen tiefstes Weh, Trauer und Beschämung hinterlassen.“

Zu dem Beschlusse über die Mitarbeit an bürgerlichen Blättern sagt er:

„Der vom Parteitag gefasste Beschluß ist aber eine Halbheit; „gehäßige“ und „hämische“ Kritik an unrer Partei hat zeitweilig noch jedes bürgerliche Blatt geübt. Die sogenannten „parteilosen“ Blätter sind in dieser Beziehung manchmal die schlimmsten; bei der letzten Wahl haben fast alle derartigen Organe die Masse fallen lassen und sich offen in den Dienst der kapitalistischen Parteien gestellt. Also: entweder — oder! Entweder man verbiete die Mitarbeit an bürgerlichen Blättern überhaupt, oder — da dies gleichbedeutend sein würde mit dem Ausschluß einer großen Zahl von Schriftstellern aus der Partei und deshalb nicht durchführbar erscheint — man überlasse es dem Taktgefühl der Einzelnen und mache kurzen Prozeß mit jedem, der unsre Partei in kapitalistischen Organen kritisiert oder verunglimpft.“

Ein beschäftigt sich dann mit der Frage der Taktik und wendet sich dabei entschieden gegen Kautsky.

„Aber unsre „bisherige siegeskrönte Taktik“ darf nicht geändert werden. Worin bestand dieselbe? Darüber belehrt uns Kautsky: „Unsre bisherige Taktik ging dahin, daß wir immer rücksichtslos vordrängten, daß wir dadurch die Gegensätze zu den herrschenden Klassen immer mehr erweiterten, die herrschenden Klassen immer mehr gegen uns erbitterten, daß wir mit jedem Zuwachs an Macht den Besitzenden immer mehr Furcht einflößten, daß sich die Konflikte immer mehr zuspitzten, so daß wir schließlich Zuständen entgegenbrängten, wo es eine große Entscheidung gilt, in der wir dann gezwungen sind, den Gegner niederzuwerfen und ihm die Macht abzunehmen. Das war unsre bisherige Taktik.“ War sie das wirklich? Soweit unsre parlamentarische Thätigkeit in Betracht kommt, habe ich von einer solchen Taktik nie etwas gespürt. Ich bestreite auf das entschiedenste, daß zum Beispiel irgend ein Fraktionsmitglied im letzten Winter bei der „Obstruktion“ gegen den Voltarix sich von dem Gedanken hat leiten lassen, durch dieselbe die herrschenden Klassen immer mehr gegen uns zu erbittern.“ Wir haben mit unsrer „Obstruktion“ nicht nur die Interessen der breiten Massen des Volkes zu wahren gesucht, sondern auch die Interessen des Handels und der Industrie. Unsre drei Millionen Stimmen sind nicht die Frucht der uns von Kautsky unterstellten Verbitterungs- und Konfliktpolitik, sondern lediglich und allein die Anerkennung dafür, daß wir rücksichtslos die Interessen der Arbeiter und außer diesen noch großer Schichten des Volkes vertreten haben. Und auf wirtschaftlichem Gebiet? Die Zeit ist längst vorbei, wo einige unklare anarchische Elemente zu Streiks anfeuereten, um die Köpfe der Arbeiter zu „revolutionieren“. Wir kämpfen für eine Erhöhung der Lebenshaltung der Arbeiter, nicht des Kampfes wegen und nicht, um Fabrikanten oder Principale gegen uns zu erbittern; wir wägen ganz kühl und nüchtern die etwaigen Chancen eines Kampfes vor Beginn desselben ab. Ja, wir sind sogar hoch erfreut, wenn es uns gelingt, günstige Tarifverträge auf einige Jahre mit unsern Fabrikanten abzuschließen, weil wir dadurch Zeit gewinnen, unsre Organisationen auszubauen.“

Ein nicht so grundgefährter Genosse, wie Kautsky, entwickelte dessen Ideen ganz viel einfacher, indem er sagte: „Wir müssen zielbewußt auf die Katastrophe hinarbeiten.“ Unsre „radikalen“ Genossen stimmen dort merkwürdig überein mit den „Scharfmachern“ der Reaktion. Die „Hamburger Nachrichten“, die „Post“ und sonstige ergreaktionäre Blätter wollen auch zielbewußt die „Katastrophe“ herbeiführen. Staatsstreich — Verfassungsbruch — Wahlfreistraub sind die Rezepte, die sie der Regierung täglich empfehlen, um die „Katastrophe“ herbeizuführen. Den Arbeitern kann nicht dringend genug anempfohlen werden, sich der „Katastrophen“-Politik von rechts und von links recht energisch zu erwehren. Was ist denn geschehen, daß wir plötzlich ganz bestimmungslos uns in den Kampf stürzen wollen? Drei Millionen Stimmen — gewiß eine respektable Zahl! Aber ist die wirtschaftliche Entwicklung wirklich schon so weit gediehen, daß nach unsrer großen Vorbilders „Marx“ Lehre der „Zusammenbruch“ der kapitalistischen Gesellschaft bevorsteht? Vor allem aber: Sind unsre wirtschaftlichen Organisationen schon mächtig genug, um eine Reorganisation der Gesellschaft durchzuführen zu können? Vebel glaubt es. Er wirft uns vor, wir lernen die „Volkseele“ nicht. Wenn es nur auf das Gefühl anläme, freilich, dann hat er recht. Eine Rede Vebels in einer großen Volksversammlung wirkt elektrisierend, beruhigend auf die Massen. Aber wir, die wir jahraus, jahrein die Kleinarbeit in Gewerkschaften und Genossenschaften vertrieht haben, wir kennen die Massen besser, wir wissen, daß noch eine gewaltige Erziehungsarbeit notwendig ist, um dieselben zu befähigen, sich selbst regieren zu können. Wir haben in unsren Organisationen große Fortschritte gemacht, aber es wäre geradezu verneinen, wollten wir behaupten, unsre wirtschaftliche Machtposition sei stark genug, um die Umwandlung der bürgerlichen in die sozialistische Gesellschaftsordnung herbeiführen zu können.“

Entgegenkommen an die bestehende Ordnung der Dinge“ wollen wir Gewerkschafter und Genossenschaftler wahrlich nicht. Im Gegenteil, wir sind ständig an der Arbeit, die bestehende Ordnung der Dinge umzugestalten. Die „Evolutionisten“, die „Revisionisten“ sind den Kleinbürgerlichen Parteien weit verhaßter, als die sogenannten „Radikalen“; ich erinnere nur an das Vorgehen der freisinnigen Volksparteier im „Allgemeinen Verband“ gegen die Konsumvereine und an die antisemitische Hege gegen dieselben! Und unsre „radikalen“ Kleinbürger in der Partei? Sie stehen den Erlegerischen auf wirtschaftlichem Gebiet näher, als uns. Konsumvereine und andre Genossenschaften betrachten auch sie als Institutionen, die ihren Interessen widerstreiten, und verdrängen deshalb jeden Genossen, der für dieselben eintritt. Sie lernen nur ein Schlagwort: „politische Macht“ und vergessen ganz dabei, daß, wenn derselben der wirtschaftliche Untergrund fehlt, eine plötzlich errungene politische Machtstellung ganz unhaltbar ist. . . .

Daß sich die organisierten Arbeiter für ein zielbewußtes Einarbeiten auf eine baldige „Katastrophe“ entscheiden werden, halte ich für ausgeschlossen. Die Resolution selbst ist in diesem Punkt so opportunistisch gehalten, daß sie jede Deutung zuläßt; weil jedoch der Hauptantragsteller mit seiner Verbitterungs- und Konfliktpolitik seinem Werk den Stempel aufdrückte, hielt ich mich für verpflichtet, dagegen zu stimmen. Die Anschauungen, welche ich bisher über diese Frage in der Arbeiterbewegung vertreten, werde ich auch in Zukunft verteidigen. Das Mittel, welches uns am schnellsten zum Ziele führt, heißt für mich nach wie vor: Stärkung der politischen und wirtschaftlichen Organisationen des Proletariats und durch dieselben: Disziplinierung, Schulung, Erziehung der Arbeiter zur demokratischen Selbstverwaltung!

Aus den Parteiverfassungen registrieren wir die gefassten Beschlüsse:

Eiberfeld.

Die Parteiverfassung bedauert zwar verschiedene Vorkommnisse, wie sie bei der Debatte über die Frage, inwiefern Parteigenossen an bürgerlichen Blättern mitarbeiten dürfen...

Stahfurt.

Die Parteiverfassung tritt den Beschlüssen des Dresdener Parteitag voll und ganz bei und billigt die Abstimmungen des Delegierten.

Sechster sächsischer Kreis.

Die Parteiverfassung sieht auf dem Standpunkt, daß die Erörterungen auf dem Parteitag über Revisionismus und Mitarbeiterfrage an bürgerlichen Blättern durchaus notwendig und angebracht waren...

Ohne Beschlußfassung erledigte sich die Verichterstattung in Eisenach. Leber, als Delegierter, berichtete. Er beurteilte die Angriffe auf Mehring, billigte den Standpunkt Bebels und ist mit den gefassten Beschlüssen zufrieden.

Auch in Pramsche wurde kein Beschluß gefaßt. Der Delegierte Schrader ist den Verhandlungen des Parteitages mit Behmut gefolgt. Für Blätter zu schreiben, die uns in bösester Weise verdächtigen, sei nicht nur schädlich, sondern sei auch gegen die Ehre eines Parteigenossen.

In Heilbronn bezeugte der Delegierte Kitzler die Dresdener Debatten als notwendig, um verschiedenen den Standpunkt klar zu machen. Was die revisionistischen Bestrebungen einzelner Genossen anbelange, so verfolgen dieselben nach seiner Ansicht die gleichen Ziele, wenn auch schließlich auf einem anderen Wege.

In Forst (Sauf) faßte der Delegierte Sommer seine Ansicht so zusammen, daß der Parteitag ja nicht zu großer Genugthuung Anlaß gebe, daß aber die Auseinandersetzungen während gewirkt hätten und man sonach mit dem Resultat zufrieden sein könne.

In Forst (Kauzig) faßte der Delegierte Sommer seine Ansicht so zusammen, daß der Parteitag ja nicht zu großer Genugthuung Anlaß gebe, daß aber die Auseinandersetzungen während gewirkt hätten und man sonach mit dem Resultat zufrieden sein könne.

Parteiverammlung in München.

München, 30. September. (Eig. Ber.)

Im großen Saale des Münchener Kindl-Stellers erstatteten die Münchener Delegierten ihren Bericht über die Verhandlungen des Dresdener Parteitages.

An erster Stelle sprach Genosse Ab. Müller. Er bedauert, daß nicht schon nach den früheren Parteitagen die Parteipresse schärfere Kritik geübt hätte. Dann wäre uns dieses Jahr wohl manches erspart geblieben. In großen Zustimmungen ist diesmal eigentlich gar kein Grund vorhanden gewesen; selbst die Vicepräsidentenfrage sei anfänglich ruhig und sachlich behandelt worden...

Als man die Frage der Taktik aufrollte, habe man die Absicht gehabt, die Partei vor die Frage zu stellen, ob die sogenannten Revisionisten noch länger bei der Partei bleiben könnten. (Beizeugte Aufe: Das ist nicht wahr!) Es sei festgestellt, daß bei einzelnen Genossen nicht beim Parteivorstand die Absicht bestand, eine Resolution zu schaffen, der die sogenannten Revisionisten nicht zustimmen könnten.

Als zweiter Verichterstatte bezeichnet Genosse Kniezick als den einzigen erfreulichen Erfolg der Litteratendebatte, daß in ganz unvorbereiteter Weise Mehring, der Hauptanklager, auf der Strecke geblieben sei. Man könne nicht verstehen, daß Bebel in Bezug auf diesen Mann wohlwollend noch von psychologischen Mäßen sprechen konnte.

Zu der Debatte wendet sich Wittl gleichfalls gegen Bebel. Die Münchener Parteigenossenschaft habe noch zu jeder Zeit ihre

Pflichten in vollem Maße erfüllt. Wer behauptet, daß sich die Münchener Genossen von dem Boden des Klassenkampfes ziehen lassen wollen, der sei ein Verleumder. (Sehr richtig!) — Genosse Paul Wader schließt sich bezüglich der Resolution über die Mitarbeiterfrage an bürgerlichen Blättern der Auffassung des Genossen Müller an. Es handele sich hier um eines der von unsrer Partei sonst so heftig getadelten Gelegenheitsgelegenheiten.

Genosse Maurer nimmt die Äußerungen Bebels über München nicht sehr tragisch. Redner hat schon vor 13 Jahren in Berlin von der Vergangenheit Mehrings gehört. Man habe sich dort darüber entrüstet; aber trotzdem habe man Mehring nach 13 Jahren in seiner einflussreichen Stellung belassen.

Nach einem Schlusswort des Delegierten Timm wird folgende Resolution einstimmig angenommen: Die Parteiverfassung bedauert, daß der Parteitag anstatt der Förderung proletarischer Interessen nur dem niederdrückenden und unerfreulichen Gezänke unter den Führern preisgegeben war.

In Mainz, Frankfurt, Bremen, Lübeck und im ersten hamburgischen Kreise mußten die Versammlungen vertagt werden. In der öffentlichen Versammlung zu Pankow-Nieder-Schönhäusern, die am 20. September bei Benzler tagte, berichtete Genosse Freiwaldt Pankow über den Parteitag.

Verfassungen.

Mit den Ergebnissen des Parteitages

Beschäftigten sich auch die Genossen der Berliner Vororte in einer Anzahl von Versammlungen.

In der öffentlichen Versammlung zu Pankow-Nieder-Schönhäusern, die am 20. September bei Benzler tagte, berichtete Genosse Freiwaldt Pankow über den Parteitag. Er stellt auf dem Boden der von den letzteren gefassten Beschlüsse und sollte dem Genossen Bebel Anerkennung, daß dieser in das Wesentlichste gegriffen hat, das die Partei beunruhigt hätte.

Nach den über die Genossen Dr. J. Braun, Bernhard und Göhre in den letzten Tagen veröffentlichten Enthüllungen hält die Parteiverfassung das gegenwärtige Verhalten der genannten Genossen als eines Parteigenossen für unbillig.

Der Sozialdemokratische Wahlverein Rigdorf hielt am 20. Sept. bei Thiel, Bergstr. 151/152, eine Mitgliederversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des im Dienste der Partei verstorbenen Genossen Weiling-Schöneberg.

Die sozialdemokratischen Wähler Rigdorf sind mit den Verhandlungen des Parteitages nicht zufrieden. Besonders ist zu be-

dauern, daß die persönlichen Gefälligkeiten einen Raum eingenommen haben, wie man von gebildeten Genossen nicht erwartet. Die Zeit hätte mit wichtigeren die Arbeiterfrage berührenden Fragen ausgefüllt werden können.

Genosse Böcke gestellte hierauf das Verhalten der bürgerlichen Stadtverordneten-Mehrheit, welche sich freistimmig zu nennen beliebt, jedoch das reaktionärste aller Wahlgeetze zu verschlechtern suche, indem sie entgegen dem Antrage des sozialdemokratischen Gemeindevorstandes die Zeit auf 5 Uhr nachmittags festzusetzen, den Beginn der Wahl zu möglichst ungünstiger Zeit anzubereitern suche...

Als Delegierte zur Kreis-Generalversammlung wurden gewählt die Genossen Böcke, Dr. Silberstein und Heinrichs.

Briefkasten der Redaktion.

H. Gorch. Wir können Ihnen unmöglich sagen, wo Sie sich dort organisieren können. Wegen der politischen Organisation fragen Sie an beim Editor of Justice, 37a Clerkenwell Green London E. C.

Juristischer Teil.

— W. Z. 100. Reiten Sie den Offenbarungseid nicht, so können Sie bis zur Dauer von sechs Monaten verhaftet werden. Ein Verzeichnis Ihres Vermögens müssen Sie zum Termin mitbringen; das Eigentum Ihrer Frau gehört nicht zu Ihrem Vermögen.

Socialdemokrat. Wahlverein I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis. (Südost.) Den Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß unser früheres Mitglied, der Tischler August Hempel

Central-Kranken- und Sterbekasse der deutsch. Wagenbauer. E. H. Filiale Berlin-Moabit. Am Mittwoch, den 30. September, verstarb nach langem schweren Leiden unser Mitglied, der Schlosser Oskar Müller

Orts-Krankenkasse der Sattler und verw. Gewerbe zu Berlin. Sonnabend, den 26. September verstarb unser Mitglied Albert Bielke

Charlottenburg Krummestrasse 5 Antertigung fetter Herren - Garderoben nach Mass von Karl Ehring, Schneidermeister.

Socialdemokratischer Central-Wahlverein für Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg. Sonntag, den 4. Oktober, mittags 12 Uhr, in Rigdorf bei Thiel. Vergl. 151/152: Außerordentl. General-Versammlung.

Achtung! Achtung! Den Parteigenossen des Wahlkreises Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg zur Nachricht, daß ich von Spreestr. 21 nach Kommenstr. 3 verzoogen bin.

Deutscher Holzarbeiter - Verband. Heute, Freitagabend 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15: Sitzung der Ortsverwaltung.

Achtung! Achtung! Fliessenleger-Hilfsarbeiter! Sonntag, 4. Oktober, vorm. 10 Uhr, in den Industrie-Festsälen, Beuthstr. 19/20: Mitglieder-Versammlung.

Verein d. Bauanschläger Berlins und Umgegend. Sonntag, 4. Oktober, vorm. 11 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Esal 1: General-Versammlung.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 2. Oktober.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus, Rigolds Hofzeit.
Schauspielhaus, König Richard der Dritte.
Deutsches, Geislich in Gefängnis.
Westen, Voccacelo.
Lefting, Unterfetzung.
Neubens, Eptine, Das beste Mittel.
Central, Bruder Straubinger.
Thalia, Der Hochzeiter.
Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater).
Der Fled auf der Ehr.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelms-Theater).
Der Tallman.
Neues, Der Kammerfänger, Salome.
Kleines, Nachtasyl.
Luisen, Krieg im Frieden.
Trianon, Die Liebesinsel.
Carl, Amor in Widsch.
Deutsch-Amerikanisches, Heber'n großen Reich.
Hypolis, Die Liebesinsel, Specialitäten.
Winter-Garten, Specialitäten.
Metropol, Renettes! Allerneuestes!
Passeio-Theater, Specialitäten.
Reichshallen, Zittiner Sängler.
Casino, Tolle Kadetten, Specialitäten.
Palast, Mutterlegen, Specialitäten.
Urania, Taubenstrasse 48/49.
Abends 8 Uhr:
Photographie in natürlichen Farben.
Nachmittags 4 Uhr:
Von der Zugspitze zum Watzmann.
Invalidenstrasse 57/62, Sternwarte.
Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Kleines Theater.

Unter den Linden 44.
Nachtasyl.
Anfang 8 Uhr.

Neues Theater.

Schiffbauerdamm 1a-3.
Salome.
Vorher: Der Kammerfänger.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Luisen-Theater.

Krieg im Frieden.
Aufspiel in 5 Akten von G. v. Moser und Fr. v. Schönthan.
Sonntags: Einer von unsere Leut.
Sonntagnachm. 3 Uhr zu 11. Besten:
Der Flarex von Kirchfeld.
Abends 8 Uhr: Krieg im Frieden.
Montag: Einer von unsere Leut.

Residenz-Theater

Das beste Mittel.
Schwan in 3 Akten von A. Bisson.
Deutsch von B. Jacobsohn.
Vorher: Schütz.
Morgen und folgende Tage: Die selbe Vorstellung.
Sonntagnachm. 3 Uhr: Winterschlaf.

Trianon-Theater.

Die Liebesschaukel.
Georgentage, zwischen Friedrichs- und Universitätsstrasse.
Sonntags: Die Liebesschaukel.

Casino-Theater.

Das vollst. neue Oktober-Programm.
Königliche-Waldperle-Marschall.
Die neue Fokke: Die Diebesfalle.
Dazu der Tolle Kadetten.
Schlager:
Sonntagnachm. 4 Uhr: Unser Goldjunge.

Metropol-Theater.

Der grösste Erfolg dieser Saison!
Emil Thomas a. G.
Josef Josephi, Henry Bender.
Frid Frid, Rosa Marton.
Grete Meyer, Müller Lincke.

Neuestes! Allerneuestes!

Dramatische Revue in 5 Bildern.
Glänzende Ballets. 300 Mitwirkende.
Anfang 8 Uhr.
- Rauchen überall gestattet. -

Carl Weiss-Theater.

Amor in Widsch.
Gr. Ausstattung-Operette in 4 Akten (7 Bildern) von Ernst Ritterfeldt.
Anfang 8 Uhr.
Vorher: Amor in Widsch.
Sonntagsnachm. 4 Uhr: Kinder-vorstellung: Mag und Moritz.

Urania.

Taubenstrasse 48/49.
Nachmittags 4 Uhr zu kleinen Preisen:
Von der Zugspitze zum Watzmann.
Um 8 Uhr: Photographie in natürlichen Farben.
Sternwarte
Invalidenstrasse 57/62.

Caetano Panoplicum
Euedrichs 165
Lebend!!
wie zusammengesprochene Schwestern.
20 Jahre alt.
Violin-Virtuosinnen!

Apollo-Theater.

Zum **Die Liebes-Insel**
149. Male mit dem sensat. Post-Ballett.
Neue Specialitäten.
Mirz v. Wenzel x Soeurs Sousloff.
Gehr. Willé x Clermonts Cirkos.
Lebende sprechende musizierende Photographie
neue Bilder-Serie.
Messers Biophon.
In Vorbereitung:
Operetta von weill. Josef Strauss.

Deutsch-Amerikanisches Theater

(fr. Bunte Theater), Wilmersdorf 67/68.
Jeden Abend Anf. 8 Uhr.
Der Sensations-Erfolg
Gastspiel Adolf Philipp.
Heber'n großen Reich
Neuere Bilder mit Gesang aus dem Leben der Deutsch-Amerikaner in 5 Akten von Adolf Philipp.
Vielbesprochenes (ohne Gebühr) an der Theaterkasse, Invalidenstr. 57/62, Invalidenstr. 57/62 und in Berthelms Warenläden.

Passage-Theater

Anfang Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5 Uhr. Anfang der Abendvorstellung 8 Uhr.
Gewöhnliche Preise!
Olga Wohlbrück.
Sport- und Geisellieder.
Das Moto-Mädchen.
Mensch oder Maschine.
Das neue Rätsel für Berlin!
Prolongiert.
14 neue erstkl. Nummern.

Fröhels Allerlei-Theater

fr. Puhmanns Vaudeville-Theater, Schönhauser Allee 118.
Inhaber: **Wilhelm Fröbel.**
Jeden Sonntag:
Grosse Extra-Vorstellung
der mit großer Beifall aufgenommenen **Norddeutschen Sängler.**
Nach der Vorstellung: Um 10 Uhr: **Grosser Ball.**
Jeden Dienstag und Freitag: Gastspiel Berl. Volks-Theater, jeden Mittwoch: **Grosser Elite-Familienabend.**
Norddeutsche Sängler u. Ball.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.

W. Noacks Theater.

Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Zum letztenmal:
Das Forsthaus.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.

Königstadt-Kasino.

Solzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr.
Täglich:
Franz Sobanski
u. das gänzl. neue Specialitäten-Programm.
Zum Schluss: Die Zeitpöffe:
Die Kadlerin.
Mittw., Sonnab., Sonnt.: Tanz.

Feldschlösschen

Müllerstrasse 142.
Freitag, den 2. Oktober 1903:
Bernhard Rose - Theater - Ensemble.
Die Löwenbraut.
Schwan in 3 Akten v. Schöpler-Parasit.
Anfang 8 Uhr.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Freitagabend 8 Uhr:
Der Fled auf der Ehr.
Bolschistik mit Gesang in 3 Akten von Ludwig Angenruber.
Sonntagsabend 8 Uhr:
Was ihr wollt.
Sonntagnachm. 3 Uhr:
Was ihr wollt.
Sonntagsabend 8 Uhr:
Der Pfarrer von Kirchfeld

CIRKUS SCHUMANN.

Heute, Freitag, den 2. Oktober, abends 7 1/2 Uhr:
Grosse Sports-Vorstellung.
Der Löwe des Tages Herr Julius Seeth mit seinen **25 männl. dreifachten Löwen.**
Andalusia in spanischer Schule in der vom Herrn Direktor H. Schumann erfindenen **Die Todesprünge** als **Gladiatoren** u. **Pferde.**
Sonntag in beiden Vorstellungen 25 Löwen. Nachmittags ein Kind frei.

Palast-Theater Feen-Palast.

Burgstr. 22.
Elite - Extra - Vorstellung:
Mutterlegen.
Schauspiel mit Gesang in 3 Akten.
Das ideale Oktoberprogramm.
Ehren- und Vorzugsarten gültig.
Morgen und folgende Tage:
Geniehet das Leben.
Sonntagnachm. 3 Uhr:
Mutterlegen.

Bernh. Rose-Theater

Premiere
d. Künstler-Ensembles
„Nordsterne“
unter Leitung d. Herrn Rudolf Schauss.
Anf. 7 1/2 Uhr. Kassen-eröffnung 6 1/2 Uhr.
Entree 50 Pf. Vorverf. 40 Pf.
Sons hab. Gültigkeit.

Sanssouci.

Notthuler Thor - Stat. der Hochbahn.
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutsche Sängler.
Nach jeder Vorst.: **Tanzkränzen.**
Dienstag, den 8. Oktober: **Theaterabend.**
Robert u. Bertram.
Possem. Gesang in 4 Akten.

WINTERGARTEN

Neues Programm: Saharet

Illusionist, assistiert v. Miss Jeane Franciola.
Goldin gab am 12. November 1902 in Sundringham eine Separatvorstellung vor Sr. Majestät Kaiser Wilhelm II. und Sr. Majestät König Eduard VII.
Smith u. Doreto Excentrics.
Theresa Renz Schulschreiterin.
Die drei Luppis Rockturner.
Anne Dancrey Pariser Soubrette.
Moskwa russisches Sextett.
Die August's Jongleure.
Angeline Vanloo Sänglerin.
Sman der kleinste Akrobat.
Die Jahrmartoprinzess Ballott.
Der Biograph.

Land

Bohle 2 Pf. W. Zahlung, 840 qm 300 R. Vor-ort. Nur mündlich.
Herronimy, Blumenstr. 79.

Am heutigen Tage

eröffne ich in den bisher von der Firma

J. Adler Teppichhaus

28 König - Strasse 28
innegehabten Räumen ein

Special - Teppichhaus

für **Teppiche * Portieren * Tischdecken * Gardinen * Steppdecken * Läufer etc.**

J. Senft

28 König - Strasse 28
Täglich Eingang von Neuheiten für Innendekoration.

Frische Blut- und Leber-Wurst

Heute gibt es wieder **Frische Blut- und Leber-Wurst** in bekannter tadelloser Qualität.
Rich. Augustin, Lindenstr. 69.
Vorwärts-Haus, Frühstücks- und Mittagstisch, Sitzungszimmer.
Bilanz per 26. Septbr. 1903.

Wahlversammlung

auf **Sonntag, 10. Oktober 1903** und zwar die Herren Delegierten aus dem Stände der Arbeitgeber um 7 1/2 Uhr abends, und die Herren Delegierten aus dem Stände der Arbeitnehmer um 8 Uhr abends in das Lokal des Herrn **Th. Hande hierfeldt, Dorfstr. 13/14**, ganz ergeben ein.
Zagordnung:
7 1/2 Uhr: Wahl eines Vorstandsmitglied an Stelle des Herrn Gensler (Arbeitgeber), dessen Wahlperiode mit dem 31. Dezember 1903 abläuft, für diese Zeit.
8 Uhr: Wahl eines Vorstandsmitglied für Herrn Reinhold Clement, dessen Wahlperiode mit dem 31. Dezember 1905 abläuft, für diese Zeit.
Die Wahlen finden in getrennten Wahlzügen statt und nehmen an der ersten nur die Delegierten der Arbeitgeber, und an der zweiten nur die Delegierten der Arbeitnehmer teil. (88 40 und 41 des Kassensatzes).
Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht.
Lichtenberg, den 30. September 1903
Der Vorstand
d. **Oris-Krankenkasse Lichtenberg**
geg. Paul Lehn, Vorstehend.

Einladung zur außerordentlichen General-Versammlung

der gewählten Vertreter der **Oris-Krankenkasse** für den Gemeindebezirk Lichtenberg zum **Sonntag, 10. Oktober 1903**, abends 8 1/2 Uhr im Saale des Herrn **H. a. n. d. e. Hiesfeldt, Dorfstr. 14**.
Zagordnung:
1. Beschlußfassung über die durch das Gesetz vom 25. Mai 1903, betreffend die weitere Abänderung des Krankenversicherungs-Gesetzes notwendig gewordene Abänderung der Kassensatzungen.
2. Veränderung der Strafbestimmungen in den Vorschriften über die Krankmeldungen, das Verhalten der Kranken und die Krankentransporte.
3. Antrag auf Anschließ an die Central-Kommission der Krankenkassen Berlins und Umgebend.
4. Kassensatzungsstellen.
5. Verschiedenes.
Lichtenberg, 30. September 1903.
Der Vorstand
d. **Oris-Krankenkasse Lichtenberg**
geg. Paul Lehn, Vorstehend.

Einladung zur außerordentlichen General-Versammlung

der gewählten Vertreter der **Oris-Krankenkasse** für den Gemeindebezirk Lichtenberg zum **Sonntag, 10. Oktober 1903**, abends 8 1/2 Uhr im Saale des Herrn **H. a. n. d. e. Hiesfeldt, Dorfstr. 14**.
Zagordnung:
1. Beschlußfassung über die durch das Gesetz vom 25. Mai 1903, betreffend die weitere Abänderung des Krankenversicherungs-Gesetzes notwendig gewordene Abänderung der Kassensatzungen.
2. Veränderung der Strafbestimmungen in den Vorschriften über die Krankmeldungen, das Verhalten der Kranken und die Krankentransporte.
3. Antrag auf Anschließ an die Central-Kommission der Krankenkassen Berlins und Umgebend.
4. Kassensatzungsstellen.
5. Verschiedenes.
Lichtenberg, 30. September 1903.
Der Vorstand
d. **Oris-Krankenkasse Lichtenberg**
geg. Paul Lehn, Vorstehend.

Einladung zur außerordentlichen General-Versammlung

der gewählten Vertreter der **Oris-Krankenkasse** für den Gemeindebezirk Lichtenberg zum **Sonntag, 10. Oktober 1903**, abends 8 1/2 Uhr im Saale des Herrn **H. a. n. d. e. Hiesfeldt, Dorfstr. 14**.
Zagordnung:
1. Beschlußfassung über die durch das Gesetz vom 25. Mai 1903, betreffend die weitere Abänderung des Krankenversicherungs-Gesetzes notwendig gewordene Abänderung der Kassensatzungen.
2. Veränderung der Strafbestimmungen in den Vorschriften über die Krankmeldungen, das Verhalten der Kranken und die Krankentransporte.
3. Antrag auf Anschließ an die Central-Kommission der Krankenkassen Berlins und Umgebend.
4. Kassensatzungsstellen.
5. Verschiedenes.
Lichtenberg, 30. September 1903.
Der Vorstand
d. **Oris-Krankenkasse Lichtenberg**
geg. Paul Lehn, Vorstehend.

Einladung zur außerordentlichen General-Versammlung

der gewählten Vertreter der **Oris-Krankenkasse** für den Gemeindebezirk Lichtenberg zum **Sonntag, 10. Oktober 1903**, abends 8 1/2 Uhr im Saale des Herrn **H. a. n. d. e. Hiesfeldt, Dorfstr. 14**.
Zagordnung:
1. Beschlußfassung über die durch das Gesetz vom 25. Mai 1903, betreffend die weitere Abänderung des Krankenversicherungs-Gesetzes notwendig gewordene Abänderung der Kassensatzungen.
2. Veränderung der Strafbestimmungen in den Vorschriften über die Krankmeldungen, das Verhalten der Kranken und die Krankentransporte.
3. Antrag auf Anschließ an die Central-Kommission der Krankenkassen Berlins und Umgebend.
4. Kassensatzungsstellen.
5. Verschiedenes.
Lichtenberg, 30. September 1903.
Der Vorstand
d. **Oris-Krankenkasse Lichtenberg**
geg. Paul Lehn, Vorstehend.

Einladung zur außerordentlichen General-Versammlung

der gewählten Vertreter der **Oris-Krankenkasse** für den Gemeindebezirk Lichtenberg zum **Sonntag, 10. Oktober 1903**, abends 8 1/2 Uhr im Saale des Herrn **H. a. n. d. e. Hiesfeldt, Dorfstr. 14**.
Zagordnung:
1. Beschlußfassung über die durch das Gesetz vom 25. Mai 1903, betreffend die weitere Abänderung des Krankenversicherungs-Gesetzes notwendig gewordene Abänderung der Kassensatzungen.
2. Veränderung der Strafbestimmungen in den Vorschriften über die Krankmeldungen, das Verhalten der Kranken und die Krankentransporte.
3. Antrag auf Anschließ an die Central-Kommission der Krankenkassen Berlins und Umgebend.
4. Kassensatzungsstellen.
5. Verschiedenes.
Lichtenberg, 30. September 1903.
Der Vorstand
d. **Oris-Krankenkasse Lichtenberg**
geg. Paul Lehn, Vorstehend.

Einladung zur außerordentlichen General-Versammlung

der gewählten Vertreter der **Oris-Krankenkasse** für den Gemeindebezirk Lichtenberg zum **Sonntag, 10. Oktober 1903**, abends 8 1/2 Uhr im Saale des Herrn **H. a. n. d. e. Hiesfeldt, Dorfstr. 14**.
Zagordnung:
1. Beschlußfassung über die durch das Gesetz vom 25. Mai 1903, betreffend die weitere Abänderung des Krankenversicherungs-Gesetzes notwendig gewordene Abänderung der Kassensatzungen.
2. Veränderung der Strafbestimmungen in den Vorschriften über die Krankmeldungen, das Verhalten der Kranken und die Krankentransporte.
3. Antrag auf Anschließ an die Central-Kommission der Krankenkassen Berlins und Umgebend.
4. Kassensatzungsstellen.
5. Verschiedenes.
Lichtenberg, 30. September 1903.
Der Vorstand
d. **Oris-Krankenkasse Lichtenberg**
geg. Paul Lehn, Vorstehend.

Einladung zur außerordentlichen General-Versammlung

der gewählten Vertreter der **Oris-Krankenkasse** für den Gemeindebezirk Lichtenberg zum **Sonntag, 10. Oktober 1903**, abends 8 1/2 Uhr im Saale des Herrn **H. a. n. d. e. Hiesfeldt, Dorfstr. 14**.
Zagordnung:
1. Beschlußfassung über die durch das Gesetz vom 25. Mai 1903, betreffend die weitere Abänderung des Krankenversicherungs-Gesetzes notwendig gewordene Abänderung der Kassensatzungen.
2. Veränderung der Strafbestimmungen in den Vorschriften über die Krankmeldungen, das Verhalten der Kranken und die Krankentransporte.
3. Antrag auf Anschließ an die Central-Kommission der Krankenkassen Berlins und Umgebend.
4. Kassensatzungsstellen.
5. Verschiedenes.
Lichtenberg, 30. September 1903.
Der Vorstand
d. **Oris-Krankenkasse Lichtenberg**
geg. Paul Lehn, Vorstehend.

Einladung zur außerordentlichen General-Versammlung

der gewählten Vertreter der **Oris-Krankenkasse** für den Gemeindebezirk Lichtenberg zum **Sonntag, 10. Oktober 1903**, abends 8 1/2 Uhr im Saale des Herrn **H. a. n. d. e. Hiesfeldt, Dorfstr. 14**.
Zagordnung:
1. Beschlußfassung über die durch das Gesetz vom 25. Mai 1903, betreffend die weitere Abänderung des Krankenversicherungs-Gesetzes notwendig gewordene Abänderung der Kassensatzungen.
2. Veränderung der Strafbestimmungen in den Vorschriften über die Krankmeldungen, das Verhalten der Kranken und die Krankentransporte.
3. Antrag auf Anschließ an die Central-Kommission der Krankenkassen Berlins und Umgebend.
4. Kassensatzungsstellen.
5. Verschiedenes.
Lichtenberg, 30. September 1903.
Der Vorstand
d. **Oris-Krankenkasse Lichtenberg**
geg. Paul Lehn, Vorstehend.

Cirkus Busch.

Freitag, den 2. Oktober, abends 7 1/2 Uhr:
„Berliner Winterfreuden“
Humoristisches Manège-Schauspiel.
Paul Mündners Sprung
durch den ganzen Cirkus und Schiffsfahrt.
Die berühmten Clowns **Fratellini, der Gigerl-Clown Alfred Daniels, Clowns Albano & Dale** mit ihrer komischen Bulldogge.
Claire Heliot's Riesen-Löwengruppe, welche die hohe Ehre hatte, sich am 13. Sept. vor Ihrer Maj. Kaiser. produzier. zu dürfen.

Reichshallen

Stettiner Sängler (Reyfel, Pietro, Britton, Steibl, Böhme, Böckmann, Plattner, Schrader u. Oberino.)
Anfang 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Arbeiter-Radfahrerverein „Berlin“.

Sonntagmittag 2 Uhr:
Noßs Victoriagarten in Treptow, Köppler Landstr. 21, zur photographischen Aufnahme des Vereins. Möglichst per Rad erscheinen. Nach der Aufnahme Weiterfahrt nach Baumshuldenweg zu Ackermann. Vorher: Rekruten-Abschied. (15/15) Donnerstag, den 8. Oktober, Generalversammlung Hindenburgstr. 26.

Achtung!

Handwerkern, Arbeitern empfehle noch zu alten billigen Preisen trotz enormer Wollgarn-Preiserhöhung meine **Kammgarn-Sweater**
Plattiert Kammgarn a 3,25 u. 3,50.
Reinwoll Kammgarn a 4,50 u. 5,30.
Doppelstarke do. a 5,80 u. 6,30.
Theodor Fricke
1. Geschäft: Oranienstr. 174.
2. Geschäft: Oranienstr. 198.

Kopfläuse

nebst Brut verschwinden sofort d. Unschädlich. Erfolg überraschend.
In Drogerien 50 Pfr „Puffi“

Oris-Krankenkasse

Einladung zur außerordentlichen General-Versammlung.
Das Vorstandmitglied aus dem Stände der Arbeitgeber, Herr Großhändler Otto Gensler, dessen Wahlperiode mit dem 31. Dezember 1903 abläuft, ist krankheitsbedingt aus dem Vorstände geschieden.
Das Vorstandmitglied Herr Röbel-polier Reinhold Clement, aus dem Stände der Arbeitnehmer, hat durch schriftliche Erklärung sein Amt niedergelegt. Die Amtsperiode würde mit dem 31. Dezember 1905 enden.
Zur Vornahme der Ersatzwahlen lade ich die gewählten Vertreter der Kasse zu einer

Wahlversammlung

auf **Sonntag, 10. Oktober 1903** und zwar die Herren Delegierten aus dem Stände der Arbeitgeber um 7 1/2 Uhr abends, und die Herren Delegierten aus dem Stände der Arbeitnehmer um 8 Uhr abends in das Lokal des Herrn **Th. Hande hierfeldt, Dorfstr. 13/14**, ganz ergeben ein.
Zagordnung:
7 1/2 Uhr: Wahl eines Vorstandsmitglied an Stelle des Herrn Gensler (Arbeitgeber), dessen Wahlperiode mit dem 31. Dezember 1903 abläuft, für diese Zeit.
8 Uhr: Wahl eines Vorstandsmitglied für Herrn Reinhold Clement, dessen Wahlperiode mit dem 31. Dezember 1905 abläuft, für diese Zeit.
Die Wahlen finden in getrennten Wahlzügen statt und nehmen an der ersten nur die Delegierten der Arbeitgeber, und an der zweiten nur die Delegierten der Arbeitnehmer teil. (88 40 und 41 des Kassensatzes).
Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht.
Lichtenberg, den 30. September 1903
Der Vorstand
d. **Oris-Krankenkasse Lichtenberg**
geg. Paul Lehn, Vorstehend.

Einladung zur außerordentlichen General-Versammlung

der gewählten Vertreter der **Oris-Krankenkasse** für den Gemeindebezirk Lichtenberg zum **Sonntag, 10. Oktober 1903**, abends 8 1/2 Uhr im Saale des Herrn **H. a. n. d. e. Hiesfeldt, Dorfstr. 14**.
Zagordnung:
1. Beschlußfassung über die durch das Gesetz vom 25. Mai 1903, betreffend die weitere Abänderung des Krankenversicherungs-Gesetzes notwendig gewordene Abänderung der Kassensatzungen.
2. Veränderung der Strafbestimmungen in den Vorschriften über die Krankmeldungen, das Verhalten der Kranken und die Krankentransporte.
3. Antrag auf Anschließ an die Central-Kommission der Krankenkassen Berlins und Umgebend.
4. Kassensatzungsstellen.
5. Verschiedenes.
Lichtenberg, 30. September 1903.
Der Vorstand
d. **Oris-Krankenkasse Lichtenberg**
geg. Paul Lehn, Vorstehend.

Einladung zur außerordentlichen General-Versammlung

der gewählten Vertreter der **Oris-Krankenkasse** für den Gemeindebezirk Lichtenberg zum **Sonntag, 10. Oktober 1903**, abends 8 1/2 Uhr im Saale des Herrn **H. a. n. d. e. Hiesfeldt, Dorfstr. 14**.
Zagordnung:
1. Beschlußfassung über die durch das Gesetz vom 25. Mai 1903, betreffend die weitere Abänderung des Krankenversicherungs-Gesetzes notwendig gewordene Abänderung der Kassensatzungen.
2. Veränderung der Strafbestimmungen in den Vorschriften über die Krankmeldungen, das Verhalten der Kranken und die Krankentransporte.
3. Antrag auf Anschließ an die Central-Kommission der Krankenkassen Berlins und Umgebend.
4. Kassensatzungsstellen.
5. Verschiedenes.
Lichtenberg, 30. September 1903.
Der Vorstand
d. **Oris-Krankenkasse Lichtenberg**
geg. Paul Lehn, Vorstehend.

Einladung zur außerordentlichen General-Versammlung

der gewählten Vertreter der **Oris-Krankenkasse** für den Gemeindebezirk Lichtenberg zum **Sonntag, 10. Oktober 1903**, abends 8 1/2 Uhr im Saale des Herrn **H. a. n. d. e. Hiesfeldt, Dorfstr. 14**.
Zagordnung:
1. Beschlußfassung über die durch das Gesetz vom 25. Mai 1903, betreffend die weitere Abänderung des Krankenversicherungs-Gesetzes notwendig gewordene Abänderung der Kassensatzungen.
2. Veränderung der Strafbestimmungen in den Vorschriften über die Krankmeldungen, das Verhalten der Kranken und die Krankentransporte.
3. Antrag auf Anschließ an die Central-Kommission der Krankenkassen Berlins und Umgebend.
4. Kassensatzungsstellen.
5. Verschiedenes.
Lichtenberg, 30. September 1903.
Der Vorstand
d. **Oris-Krankenkasse Lichtenberg**
geg. Paul Lehn, Vorstehend.

Einladung zur außerordentlichen General-Versammlung

der gewählten Vertreter der **Oris-Krankenkasse** für den Gemeindebezirk Lichtenberg zum **Sonntag, 10. Oktober 1903**, abends 8 1/2 Uhr im Saale des Herrn **H. a. n. d. e. Hiesfeldt, Dorfstr. 14**.
Zagordnung:
1. Beschlußfassung über die durch das Gesetz vom 25. Mai 1903, betreffend die weitere Abänderung des Krankenversicherungs-Gesetzes notwendig gewordene Abänderung der Kassensatzungen.
2. Veränderung der Strafbestimmungen in den Vorschriften über die Krankmeldungen, das Verhalten der Kranken und die Krankentransporte.
3. Antrag auf Anschließ an die Central-Kommission der Krankenkassen Berlins und Umgebend.
4. Kassensatzungsstellen.
5. Verschiedenes.
Lichtenberg, 30. September 1903.
Der Vorstand
d. **Oris-Krankenkasse Lichtenberg**
geg. Paul Lehn, Vorstehend.

Einladung zur außerordentlichen General-Versammlung

der gewählten Vertreter der **Oris-Krankenkasse** für den Gemeindebezirk Lichtenberg zum **Sonntag, 10. Oktober 1903**, abends 8 1/2 Uhr im Saale des Herrn **H. a. n. d. e. Hiesfeldt, Dorfstr. 14**.
Zagordnung:
1. Beschlußfassung über die durch das Gesetz vom 25. Mai 1903, betreffend die weitere Abänderung des Krankenversicherungs-Gesetzes notwendig gewordene Abänderung der Kassensatzungen.
2. Veränderung der Strafbestimmungen in den Vorschriften über die Krankmeldungen, das Verhalten der Kranken und die Krankentransporte.
3. Antrag auf Anschließ an die Central-Kommission der Krankenkassen Berlins und Umgebend.
4. Kassensatzungsstellen.
5. Verschiedenes.
Lichtenberg, 30. September 1903.
Der Vorstand
d. **Oris-Krankenkasse Lichtenberg**
geg. Paul Lehn, Vorstehend.

Einladung zur außerordentlichen General-Versammlung

der gewählten Vertreter der **Oris-Krankenkasse** für den Gemeindebezirk Lichtenberg zum **Sonntag, 10. Oktober 1903**, abends 8 1/2 Uhr im Saale des Herrn **H. a. n. d. e. Hiesfeldt, Dorfstr. 14**.
Zagordnung:
1. Beschlußfassung über die durch das Gesetz vom 25. Mai 1903, betreffend die weitere Abänderung des Krankenversicherungs-Gesetzes notwendig gewordene Abänderung der Kassensatzungen.
2. Veränderung der Strafbestimmungen in den Vorschriften über die Krankmeldungen, das Verhalten der Kranken und die Krankentransporte.
3. Antrag auf Anschließ an die Central-Kommission der Krankenkassen Berlins und Umgebend.
4. Kassensatzungsstellen.
5. Verschiedenes.
Lichtenberg, 30. September 1903.
Der Vorstand
d. **Oris-Krankenkasse Lichtenberg**
geg. Paul Lehn, Vorstehend.

Einladung zur außerordentlichen General-Versammlung

der gewählten Vertreter der **Oris-Krankenkasse** für den Gemeindebezirk Lichtenberg zum **Sonntag, 10. Oktober 1903**, abends 8 1/2 Uhr im Saale des Herrn **H. a. n. d. e. Hiesfeldt, Dorfstr. 14**.
Zagordnung:
1. Beschlußfassung über die durch das Gesetz vom 25. Mai 1903, betreffend die weitere Abänderung des Krankenversicherungs-Gesetzes notwendig gewordene Abänderung der Kassensatzungen.
2. Veränderung der Strafbestimmungen in den Vorschriften über die Krankmeldungen, das Verhalten der Kranken und die Krankentransporte.
3. Antrag auf Anschließ an die Central-Kommission der Krankenkassen Berlins und Umgebend.
4. Kassensatzungsstellen.
5. Verschiedenes.
Lichtenberg, 30. September 1903.
Der Vorstand
d. **Oris-Krankenkasse Lichtenberg**
geg. Paul Lehn, Vorstehend.

Einladung zur außerordentlichen General-Versammlung

Kennen Sie unser Rabatt-System?

No. 346291.
Gesetzlich geschützt.
RABATT-KARTE
Waarenhaus
A. Jandorf & Co.
Berlin
Belle-Alliancestr. 1-2
Spittelmarkt 16-17 Gr. Frankfurterstr. 113

ANWEISUNG. Wir verfolgen auf Wunsch bei Baareinkäufen für je 25 Pf. des bezahlten Betrages eine Rabatt-Marke. Diese Marke klebe man in die auf der Innenseite der Rabatt-Karte vorgedruckten Felder. Sobald die Felder besetzt sind, wird die Rabatt-Karte von uns mit 1 Mark in baar eingelöst.

Von d. Rabatt-Vergünstigungen sind wenige Artikel ausgenommen

Wer bei Jandorf kauft spart Geld!

A. JANDORF & Co.

Spittelmarkt 16/17 Belle Alliance-Strasse 1/2 Grosse Frankfurter Strasse 113
Ecke Leipziger Strasse Am Blücher-Platz Ecke Andreas-Strasse

Von Freitag den 2. Oktober bis Mittwoch den 7. Oktober soweit der Vorrat reicht.

Tischzeuge

Küchenhandtücher	1/2 Dutzend	1 45	1 95	2 15
Stubenhandtücher	1/2 Dutzend	1 95	2 40	3 M.
Wischtücher	1/2 Dutzend	1 45	1 90	2 10
Staubtücher	1/2 Dutzend	55,	75,	90 Pf.
Handtuchstoffe	weiss, mit Bordüre,	Meter	27	Pf.
Handtuchstoffe	weiss Dreil,	Meter	40	Pf.

Baumwollwaren

Hemdentuch	Meter	20, 28, 38	Pf.
Dimiti	für Negligé, Meter	38, 50, 60	Pf.
Louisianatuch	für Bettwäsche, ca. 80 cm	48 Pf., ca. 130 cm	75 Pf.
Dimiti	für Bettwäsche, ca. 80 cm	50, 60	Pf. ca. 130 cm 75, 90 Pf.
Laken-Dowlas	Meter	75, 90	Pf., 1 M.
Piqué-Barchend	Meter	38, 48, 60	Pf.

Bettwäsche

Bettbezüge, Hemdentuch, 1 Deckbett, 2 Kissen Garnitur	3 50	4 40	4 90
Bettbezüge, Louisianatuch, 1 Deckbett, 2 Kissen Garnitur	4 80	6 20	7 05
Bettbezüge, gestreift Dimiti, 1 Deckbett, 2 Kissen Garnitur	4 90	7 20	8 35
Bettbezüge, bunt, 1 Deckbett, 2 Kissen Garnitur	3 90	4 80	5 35
Bettlaken, Dowlas, 100	1 05	1 85	2 00
Bettlaken, halbleinen, 1	1 35	1 95	2 10

Inlett

rot, oder rosa gestreift

Kissen	1 15	1 35	1 60
Unterbett	3 50	4 10	5 25
Deckbett	4 15	5 M.	6 10

Weisse Kissenbezüge 95
mit Einsatz und Buchstaben Stück 95 Pf.

Bettfedern

Pfund 60 Pf., 125 M., 145 M.

Gänsehalsdaunen

Pfund 2 75 M.

Daunen

Pfund 2 65 M., 4 50 M.

Ganz besonders preiswerth:

Ein Posten Tischtücher gesäumt, ca. 130/130 cm Stück 1 45 M., ca. 130/165 cm Stück 1 95 M.

Ein Posten Servietten gesäumt, ca. 60/60 cm, 1/2 Dutzend 1 95 M. Pf.

Feldbettstellen

mit buntem Bezug	Stück	6 25
mit Spiralboden	Stück	7 25
mit Dreilbezug und Spiralboden	Stück	8 75

Kinderbettstellen in mehreren Farben	Stück	9 00	12 50	16 50
Matratzen	Stück	3 50	4 65	7 95

Eiserne Bettstellen

ca. 80/190 cm, schwarz lackiert, mit vorzüglicher Stahlrohr-Matratze, ganz besonders preiswerth Stück 15 75 M.

Eiserne Bettstellen

mit doppeltem Spiralboden	Stück	6 35
bronziert, mit doppeltem Spiralboden	St.	7 65
schwarz lackiert	Stück	10 50

Fertige Betten, Stand, bestehend aus Deckbett, Unterbett und Kopfkissen komplett 11 50 M., 16 50 M., 21 00 M., 28 75 M.

Kaufmännische Fortbildungsschule der Korporation der Kaufmannschaft von Berlin.

Anfang des Wintersemesters Montag, den 12. Oktober.
A. Kurse für männliche Handlungsgehilfen und Angestellte.
Der Unterricht findet statt:
I. St. Werderstr. 13/14, Sebastianstr. 26, Anst. 2-5.
IV. Königl. Gymnasium, V. X. Realschule, VI. III. Realschule, Elisabethstr. 57/58, Auguststr. 21, Steglitzerstr. 8a.
Für Herren im Besitze des Zeugnisses I. d. einj.-fr. Dienst finden an der I. Schule geschlossene höhere Handelskurse statt.
B. Kurse für weibliche Angestellte und Handels-Schülerinnen.
I. Handelsschule für Mädchen, Weinmeisterstr. 16/17 (Lageschule).
II. Fortbildungsschule für weibl. Angest. III. Schreibmaschinen-Schule, (Abendkurse, ebenfalls), Seidelstr. 25 II.
Für junge Damen, die das Zeugnis der I. Klasse einer höheren Mädchenschule besitzen, ist ein höherer Handelskurs (Selecta) eingerichtet.
Prospecte und Anmeldungen in der Schule und im Centralbureau der Korporation der Kaufmannschaft, Neue Friedrichstr. 51 I.
Die Leitenden der Kaufmannschaft von Berlin.

In voriger Nacht hat man

die Preise nochmals herabgesetzt, wir verkaufen:
Getragene Herren-Hosen zu 1,50 bis 3,50 Mk.
Getragene Herren-Anzüge zu 5, 6 bis 8 Mk.
Getragene Herren-Paletots zu 4, 5 bis 9 Mk.
Getragene Kellner-Hosen und Fracks.
(Von feinsten Herrschaften, Reisenden und Kavalieren.)
„Blitz“, Reinigungs-Anstalt, Chausseestr. 80.
NB. Von Herrschaften, die Garderobe verkaufen, wollen, erbitte Postkarte.



Oderbrucher und pommersche Gänse

sowie Gänsefleisch, Federn, Pfoten u. Gänseklein empfiehlt zu den billigsten Tagespreisen
Fritz Weber, Grüner Weg 57, im Keller.

Achtung!
Gewerkschaften und Vereine.
Tanzlehrerverein „Solidarität“
(gegründet 1893)
empfiehlt sich hierdurch bei vorzunehmenden Festlichkeiten. Bestellungen sind zu richten nach dem Vereinslokal, Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, am Völk. Tagung: Jeden Freitag abends 9 Uhr.
Der Vorstand.

Sieben erscheint im Verlage von G. Birk & Co. in München:
Die Frage der Taktik.
Reden der Abgg. Nebel und v. Volkmar auf dem Parteitage in Dresden
ca. 5 Bogen. — Preis 20 Pfennig.
Kopierereien sowie Vereinen und Gewerkschaften hoher Rabatt.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, (29/10)
Spezialarzt für Haut- und Haarleiden.
Dr. Schünemann, Spezialarzt für Haut-, Horn- und Frauenleiden, Seydelstr. 9, 12-1/3, 1/6-1/8, Sonnt. 9-11.

Antialkohol.

Unsere alkoholfreien Fabrikate:
1. Hopfen-Malz-Getränk, Ersatz für Bier.
2. „Anti“, Ersatz für Süsswein.
sind jetzt in jeder unserer 350 Niederlagen in Berlin und Vororten à Flasche 10 und 15 Pf. excl. zu haben.
Bestellungen auf 30 Flaschen frei Haus bitten an uns direkt zu richten.
Nach auswärts gegen Nachnahme.
Hermann Meyer & Co., Berlin N., Wallstr. 11/12.

Möbel

Spezialität:
Solide, komplette Einrichtungen von 250-3500 Mark.

Bar oder Teilzahlung

Keine Ladenm. Ger. Unkosten Kleiner Nutzen

Reelle Waren Niedr. Preise Gr. Umsatz

Berlin NO., Gr. Frankfurterstr. 45/46

Wilhelm Misch

Roh-Tabak 1903
Max Jacoby, Strellitzerstr. 52

Special-Geschäft für Uhren



1 neue Uhr-Feder Ia. 75 Pf.
1 neue Uhr-Stapel . . . 15 Pf.
1 neues Uhr-Glas . . . 10 Pf.
1 neuer Uhr-Ring . . . 10 Pf.
1 neuer Uhr-Reiger . . . 10 Pf.
1 neuer Uhr-Schlüssel . 5 Pf.
Neue Uhren in größter Auswahl.
Borgeln, dieses erhält 5% Rabatt.
E. Möbis, 82 Köpen-Strasse,
3 Min. vom Schlei. Bahnhof.

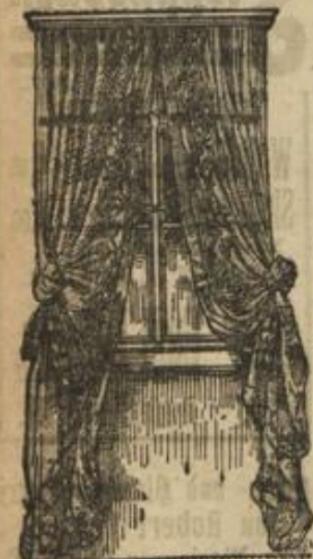


Album- und Lederwaren-Fabrik
Oskar Gundau,
Oranienstr. 30, Ecke Adalberstrasse.
Gr. Lager aller Arten Lederwaren u. Schmucksachen zu bill. Preisen.

Reines vollwertiges Roggenbrot
à 50, 35 u. 20 Pf.
und gute, schmackhafte weiße Ware,
6 Stück 10 Pf., empfehle ich den meisten Genossen u. Genossinnen.
Pappel-Allee 24,
Ernst Pfeiffer, Bäckerei.

Gardinen u. Stores,

weiss, eröme und ockerfarben abgepasste Fenster — 2 Shawis.



Echt engl. u. Brüssel-Tüll, m. Band eingef.	2 50	12 M.
Prima Spachtel-Tüll, m. Battist-Auflage	9 50	18 M.
Echt Erbstüll, reich m. Bändeh., Handarbeit	8 75	25 M.
Relief-Tüll-Stores, neue Secces-Muster	2 00	5 M.
Echt Spachtel-Stores, Applikat m. Spinnen	5 25	12 M.
Point lace-, Stella- u. Lacet-Stores auf Erbstüll, Neuheit	6 00	18 M.

Vorjährige Muster und Restbestände fast für die Hälfte des Preises.
Teppich-Haus
B. Hurwitz,
Rotes Schloss,
vis-à-vis d. Nationaldenkmal
Telephon 1. 8011.

Reiche Auswahl in farbigen Rouleaux, Bonnettes u. Brise-Bise, Madras-Stores, Bettdecken, Zierdeck u. Läufer.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Die Fortsetzung der Parteiverammlung mit der Tagesordnung: „Berichterstattung vom Parteitag in Dresden“ und „Berichterstattung von der Provinzialkonferenz“ findet am Dienstag, den 6. Oktober, in der Berliner Volkshaus, Tempelhoferberg, statt.

Die Parteigenossen Berlins und der Umgegend werden darauf aufmerksam gemacht, daß am 24. September ein Wahlverein der Frauen gegründet worden ist. Wir bitten die Parteigenossinnen, sich an den hier bezeichneten Zahlstellen des Vereins zahlreich als Mitglieder einzutragen zu lassen.

Weißensee. Die Landtags-Wahlkreislisten liegen vom 5. bis 7. Oktober am Verwaltungsgelände, Alvertinenstraße 6, Zimmer 15, 1. Et., von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags zur Einsichtnahme aus.

Friedrichshofe und Karlshorst. Sonntag früh spätestens 8 Uhr werden die Listen zur Landtagswahl ausgetragen. Treffpunkt bei Loffe, Luisenstr. 20, für Karlshorst bei Sabrowitz, Teesdow-Allee. Ehrenpflicht jedes Genossen ist es, mitzubekommen.

Grünau. Die Generalversammlung des Wahlvereins findet am Sonnabend, den 3. Oktober, abends 9 Uhr, bei Stabbert in der grünen Ede statt.

Groß-Schönebeck. Sonntagnachmittag 2 Uhr findet hier eine öffentliche Versammlung statt. Tagesordnung: Die bevorstehende Landtagswahl. Referent Genosse Kiesel.

Lokales.

Der Reumehr-Ladenschluß

hat heute drei Jahre Gesehskraft. Selbstverständlich ist diese Maßregel nur ein Schritt zu weiteren Reformen, und wie die Dinge liegen, kann es nur eine Frage hoffentlich recht kurzer Zeit sein, daß der Reumehr-Ladenschluß allgemein eingeführt wird. Nicht allein, daß die Handelsangestellten unangesehrt für diese Maßnahme agitieren und daß die Arbeiterchaft im großen ganzen ihre Einführung herbeiwünscht, finden sich auch unter den Geschäftsleuten immerhin einsichtige Leute, die schon im Interesse ihrer eignen Gesundheit den Reumehr-Schluß erstreben.

Gestern um 9 Uhr rasselten zum erstenmal in ganz Berlin die Jalousien aller Schaufenster hernieder; in unheimlichem Dunkel lagen die Straßen da, denn die tausende und abertausende Kerzen und Lampen, die sonst ihr Licht aus den Schaufenstern auf das Trottoir und den Straßenrand warfen, waren erloschen.

genug Bier und Schnäpse herbeischleppen. Die Lingeltangel-Chantants waren bis auf den letzten Platz gefüllt. Wiener Cabés hatten die doppelte Lösung. Mit schwerem Kopf und leichtem Geldbeutel sind heute gewiß viele Leute aufgewacht.

Heute begreifen diese Blätter am Ende selbst nicht, wie sie sich in ihrem verbohrtten Haß gegen Reformen, die den Ausgebeuteten zu gute kommen, so lächerlich machen konnten. Freilich hat diese Gesellschaft ja seit je sich darauf verstanden, gegen arbeiterfreundliche Gesetze die unfinstigen Argumente vorzubringen.

Das Wagner-Denkmal an der Tiergartenstraße ist gestern mittag 12 Uhr enthüllt worden. Es waren bei dem Vorgang außer dem Kommerzienrat Lechner u. a. Kultusminister v. Studt, Polizeipräsident v. Borris, Graf Hochberg und Generalintendant v. Hülßen zugegen, ebenso noch der Reichsbau-Präsident v. Koch und die Stadträte Friedel und Münsterberg.

Eure königliche Hoheit! Von fernem Landen, von überm Meer, von Nord und Süd des deutschen Vaterlandes sind heute die Scharen herbeigeströmt, um dem Genius zu huldigen, dessen Name eine Welt erfüllt.

Die aussergewöhnliche „Staatsbürger-Zeitung“ berichtet noch von der Feier: „Radem die erste Betrachtung des Denkmals vorüber war, winkte Prinz Eitel den Herrn Lechner zu sich heran, dankte ihm in verbindlichen Worten für seine Verdienste um den heutigen Festtag und das herrliche Denkmal.“

Hoffentlich sind in Anbetracht des Umstandes, daß gestern das jüdische Verordnungsblatt missverstanden worden. Von Ordnungsverleihungen an Herrn Lechner berichten die Blätter nichts.

Das von Herrn Eberlein geschaffene Denkmal findet im „Verl. Tagbl.“ folgende Würdigung: „Auf einem breiten Stufenbau erhebt sich der hohe Sockel in romanischen Formen. Auf der Plattform am Sockel stehen und liegen die unvermeidlichen Figuren und Gruppen, die immer das ausdrücken sollen, was die Hauptgestalt schuldig bleibt, und die das niemals thun. Hier steht vorn Wolfram v. Eschenbach, der tugendliche blonde Sänger, gewiß keine charakteristische Gestalt für das Wesen des Dichtermusikers, und huldigt ihm in einer banalen Pose.

Für die Auslegung der Urwählerlisten für die am 12. November stattfindenden Landtagswahlen hat der Magistrat jetzt die Tage vom 11. bis 13. Oktober (Sonntag bis Dienstag) bestimmt. Die Listen werden getrennt in 60 Kirchhallen ausgelegt werden und zwar Sonntag von 12-5, Montag und Dienstag 12-8 Uhr.

Ein nachahmenswertes Beispiel bezüglich der Auslegung der Urwählerlisten hat der Magistrat von Riegnitz geliefert. Dort waren die drei vom Gesetz vorgeschriebenen Tage die Tage von Montag, den 28., bis Mittwoch, den 30. September.

Kaulsdorf im Stadtbahn-Verkehr. Der Zünftstationen-Tarif der Stadtbahn ist auf der heut zur Eröffnung gelangten Strecke Charlottenburg (Stadtbahn)-Kaulsdorf nicht zur Anwendung gekommen, vielmehr ist die Strecke zwischen Stralau-Kummelsburg-Kaulsdorf aus dem Stadtbahnverkehr, wie wir seiner Zeit bereits mitteilten, ausgeschlossen und haben von Kummelsburg (Ost) aus nur die grauen, weißgekreuzten Billets Gültigkeit.

auf dem neuen, neben dem Bahndamm entlang laufenden Geleise ab.

Auf der Vorortstrecke der Märkischer Bahn sind die Umbauarbeiten in der letzten Zeit eifrig gefördert worden. Hinter der Kreuzung mit der Ringbahn, in der Gegend des nach dem Plänierwald hinübergehenden Dammsweges, hat man von den alten Geleisen der Märkischer Bahn, um deren Höherlegung bewirken zu können, auf der Westseite ein neues Geleisepaar abgezweigt, das auf einen besonders, neu geschütteten Damm bis zur Haltestelle „Baumschulenweg“ geführt worden ist.

Eine Leuchtgasvergiftung wird heute schon wieder gemeldet. Wahrscheinlich liegt ein Selbstmord vor. In der Kochstraße Nr. 70 betrieb der 59 Jahre alte Bierbrenner Julius Speer seit dreißig Jahren ein Leuchtgasgeschäft. Der Mann war in der Nachbarschaft als Sonderling bekannt. Er lebte wie ein Einsiedler, wohnte als Junggehilfe in einer Stube hinter dem Laden, kochte selbst und besorgte sein ganzes Hauswesen ohne jede fremde Hilfe.

Zu der doppelten Leuchtgasvergiftung in der Gogelbergstraße Nr. 39 haben die späteren Ermittlungen ergeben, daß die Toten nicht ein Ehepaar waren. Der ledige 46 Jahre alte Buchhalter Emil Mirak lebte vielmehr mit der 43jährigen Eva Vieber, die aus Br.-Stargard stammt und ihm die Wirtschaft führte, in wilder Ehe.

Die Winterpläne der kaufmännischen Fortbildungsschulen, die von den Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin verfaßt und unterhalten werden, sind soeben zur Verfertigung gelangt. Der neue Kursus beginnt am Montag, den 12. Oktober. Der Prospekt A enthält die Kurse für männliche Handlungslehrlinge und Angestellte, der Prospekt B die Kurse für weibliche Angestellte und Handelschülerinnen.

Auf der Radrennbahn Treptow finden am Sonntag die letzten Rennen dieser Saison statt. Das sehr umfangreiche Programm enthält u. a. drei Dauerrennen über 10 Kilometer mit Motor-Schrittmachern, an welchen je vier Fahrer, und zwar zwei Friedenauer und zwei Treptower Steher teilnehmen, sowie ein Tandemrennen, das sieben Paare bestreiten werden.

Theater. Das Schauspiel: „Die Stützen der Gesellschaft“ von Henrik Ibsen, das nächsten Montag, den 5. d. M., zum erstenmal im Schiller-Theater N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater) gegeben wird, geht in folgender Besetzung in Szene: Konrad Bernd: Albert Steinbrück, Betty, seine Frau: Betty Ullrich, Max: Gusti Weber, Frä. Bernd: Carla Ernst, Johann Tömmesen: Rudolf Lettinger, Frä. Hessel: Meta Vänger, Hilmar Tömmesen: Max Gense, Noheland: Otto Rembe, Kummel: Max Kirchner, Frau Kummel: Marie Gunders, Biegeland: Albert Häbener, Altheide: Maxine Hartwig, Dina Dorff: Dora Wolframm, Krapp: Oskar Wagner, Anker: Gustav Nidelt, Frau Lingen: Johanna Richter, Frau Holt: Emma Griebel. Die Regie führt Woldegar Runge. — Octave Mirbeau, dessen Komödie „Geschäft ist Geschäft“ im Deutschen Theater heute Freitag zum erstenmal in Szene geht, ist in Berlin eingetroffen, um der Generalprobe und der ersten Aufführung seines Werkes beizuwohnen.

Aus den Nachbarorten.

In der Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung erfolgte am Mittwoch zunächst die Einführung des neugewählten Räumereers Scholz, bisher in Rosen. Hierauf beschloß die Versammlung, entsprechend dem Ausschufantrage, den Magistrat um Ausarbeitung eines neuen Entwurfs für die Charlottenburger Brücke zu ersuchen, der eine einfache, aber würdige Ausgestaltung der Brücke vorsieht.

Die Verbesserung des Krankenhauses in Nixdorf für die Zwischenzeit bis zur Fertigstellung des neuen großen Krankenhauses betrifft eine Vorlage des Magistrats und der Armenverwaltung, welche jetzt den Stadtverordneten unterbreitet worden ist. Es wird beantragt die Aufstellung eines transportablen Deckerschen Krankenpavillons für etwa 50 Betten mit Operationsraum, zwei Krankensälen und den nötigen Nebenräumen (chirurgische Abteilung) nach einem von der Firma Christoph u. Ullmann ausgearbeiteten Projekt.

